

Er scheint täglich außer Montags... Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfennig...

Vorwärts

Injektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Petzette oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inskripte für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden.

Expeditoren: Amt 6, Nr. 4106

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Weuth-Strasse 2.

Freitag, den 13. Februar 1891.

Expedition: Weuth-Strasse 3.

Der Marx'sche Programm-Brief.

Der Brief, welchen Marx vor dem Einigungskongress des Jahres 1875 über den zwischen Vertretern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und der „Eisenacher“ vereinbarten Entwurf eines Einigungsprogramms zu vertraulicher Mittheilung an einige Vertreter der Eisenacher gerichtet hat, ist von Friedrich Engels in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht worden...

Was Marx über den Programmwurf sagt, der von dem Einigungskongress mit geringen Abänderungen angenommen ward, ist jetzt, da die Revision des Programms auf der Tagesordnung steht, von hohem aktuellen Werthe für uns, und wird unzweifelhaft, seinem Werthe entsprechend, berücksichtigt werden.

Der Brief spricht sich über den Programmwurf mit einer, nur aus dem streng privaten Charakter des Briefes zu erklärenden Schärfe und Härte aus, die nicht verfehlen konnte, in weiten Parteikreisen unangenehm zu berühren, und von unseren Feinden ausgebeutet worden ist.

Die Thatsache, daß Marx das Programm der deutschen Sozialdemokratie ein „verwerfliches und korruptirendes“ genannt, und daß er über Lassalle ein Urtheil gefällt hat, das die Gefühle Hunderttausender von deutschen Arbeitern zu verletzen geeignet ist, kam unseren Feinden sehr gelegen und wurde von ihnen mit Jubel begrüßt. Allein der Jubel wurde sofort gedämpft durch den Gedanken, daß die Empfänger des Briefes den Rathschlägen einer wissenschaftlichen Autorität wie Karl Marx ein kategorisches Nein! entgegensetzt, und durch ihr Festhalten an dem Programmwurf die Einigung der deutschen Sozialdemokratie erwirkt haben.

Wenn unsere Feinde sich trotzdem der Hoffnung hingeben, durch Veröffentlichung des Marx'schen Briefes werde ein Reil zwischen die ehemaligen „Lassalleaner“ und „Eise-

nacher“ getrieben und die Partei gesprengt, wenigstens der Zusammenhalt gelockert werden, so haben sie nur von Neuem ihre Unkenntniß des Wesens unserer Partei bewiesen. Die bis 1875 getrennten Theile der Sozialdemokratie sind zu einem organischen Ganzen zusammengewachsen, das durch keine Macht mehr getrennt werden kann.

Nachdem die Arbeiterbewegung Deutschlands die Rinderschube abgelegt hatte, streifte die Partei alles Seltenhafte ab, suchte sich stetig und systematisch von jeglichem Personenkultus zu befreien und ordnete mit eiserner Konsequenz die Person der Sache unter. Durch diesen echt demokratischen Geist, der Jedem seine Selbständigkeit gab, jeder Individualität innerhalb des Rahmens der Parteigrundsätze freien Spielraum gewährte, kein Unschlbarkeitsdogma aufkommen ließ, ist die deutsche Sozialdemokratie geworden, was sie ist — und ohne ihn wäre sie der Sektirerei und Ohnmacht verfallen, die von Personenkultus und Dogmenglauben unzertrennlich sind.

Warum sollte aber auch gerade die Veröffentlichung des Marx'schen Briefes „die alten Lassalleaner“ mit Mißtrauen gegen „die alten Eisenacher“ erfüllen — um diese längst der Vergangenheit angehörenden Ausdrücke zu gebrauchen? Enthält doch die Veröffentlichung dieses Briefes vielmehr die bisher den meisten Lassalleanern unbekannt Thatsache, daß die „Eisenacher“ sich 1875 selbst nicht durch die Autorität eines Karl Marx von dem vereinbarten Einigungsprogramm abbringen ließen. Es ist dies ein Akt der Treue, der den Beteiligten nur zur Ehre gereichen kann.

Ueber die Kritik, welche Marx an dem Einigungsprogramm übte, haben wir uns jetzt nicht auszusprechen. Von der scharfen Form abgesehen, wird man finden, daß sie sich den meisten wesentlichen Punkten nach in derselben Richtung bewegt, wie die allseitig mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Programm-Referenten auf dem Halle'schen Kongress.

Aber 1890 war die Partei in theoretischer Beziehung weiter als 1875 — ohne das Sozialistengesetz wäre die Revision des Programms, welche auf mehreren Kongressen bereits vor 1878 gefordert wurde, schon längst erfolgt — und was jetzt, nach 15-jährigem Bestand der geeinigten Partei, naturgemäße Konsequenz der Entwicklung ist, wäre 1875 ein Hinderniß der Einigung gewesen.

Dies sagten sich die Genossen, an welche vor dem Gothaer Einigungskongress der Marx'sche Programm-Brief gerichtet war. Die meisten, wenn nicht alle, stimmten zwar mit dem theoretischen Theil der Kritik in der Hauptsache überein, allein sie mußten sich auch sagen, daß der Zweck des vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und den Eisenachern berufenen Kongresses die Einigung der beiden Fraktionen war und nicht die Formulirung wissenschaftlicher Lehrsätze.

Es galt zu wählen zwischen einem wissenschaftlichen Konzil oder einem sozialistischen Einigungskongress.

Und alle Beteiligten entschieden sich für die Einigung und für das von Marx verurtheilte Einigungsprogramm.

Marx, der seit fast 30 Jahren in England gelebt hatte, konnte die deutschen Verhältnisse nicht so richtig beurtheilen, als wenn er mit den lebendigen Faktoren der Bewegung in direkter und persönlicher Fühlung gewesen wäre. Er unterschätzte die Stärke der Lassalle'schen Bewegung und täuschte sich über die Stimmung unter den deutschen Arbeitern. Wohl hätte vielleicht auch ein streng wissenschaftliches Programm, so wie er es wünschte, die Majorität des Kongresses erlangt, allein, es wäre eben nur eine Majorität gewesen, der eine Minorität gegenübergestanden hätte — und es galt, die Gesamtheit der deutschen Sozialisten zu einigen, und zwar dergestalt, daß keine Verwaglung einer Minorität stattfand und daß es „keine Sieger und keine Besiegten“ gab. Und das hat das Einigungsprogramm erreicht.

Vom Ausland aus — und Marx selbst hat das in den 50er Jahren den abenteuerlich-impotenten Revolutionsmachereien der Glücklingschaft gegenüber wiederholt hervorgehoben — läßt sich eine Massenbewegung nicht leiten. Die deutsche Sozialdemokratie konnte deshalb und kann zu keiner Zeit dulden, daß ihre Leitung ins Ausland verlegt werde.

Genug — die Empfänger des Briefes prüften das Für und Wider, und nach sorgfältiger Abwägung konnten sie zu keinem anderen Resultat kommen, als zur Ablehnung.

„Doch“ — rufen gegnerische Zungenbolbe — „war es nicht „unehrlich“, daß die, welche den Marx'schen Brief kannten, einem Programm zustimmten, das Marx so hart verurtheilt hatte?“

Worin soll die „Unehrlichkeit“ bestanden haben? Daß es sich um ein Kompromiß-Programm handelte, daß wußte jedes Mitglied des Einigungskongresses, und bei Kom-

Kind, von dem ich wußte, daß es in mich ein bißchen verliebt war, zu sagen: jeht nuß es aus sein... Na, ich bin nicht sentimental; aber ich will verdammt sein, wenn ich je etwas gethan, das mir gleich unangenehm war... „hm! — Sag mir, Gram, hast Du nicht eine Uhr, die richtig geht?“ sprach Kas genirt; Fanny sah verlegt aus; Gram ärgerte sich und nahm Abschied. „Ja, er kann taktlos sein,“ sagte Kas; — „bitte, haben Sie schon gehört, was gestern im Arbeiterverein passirte? Es ist eben doch eine schosse Bude, dieser Arbeiterverein...“ Jedenfalls aber konnte Fanny Gram nicht so zürnen, wie sie es hätte sollen.

Er war doch ein wunderlicher Mensch; denkt Euch nur, wirklich Rücksicht zu nehmen auf ein Mädchen von dieser Sorte! Eigentlich steckte auch darin etwas Nobles; allein pfui, von dergleichen so zu reden, als wäre es eine ganz gewöhnliche Sache; ja, er mußte doch ein Freidenker sein. Kas schwante fort: „... gählich lustlich, süchtlich unwirsch, gejadet über diesen ekelhaften Namenjatz „voastand“...“ Beim Worte Armenrathsvorstand zuckte Fanny zusammen und begann wieder zuzuhören.

Einsmal traf sie Kas bei Maguesen; er sang und Gretche begleitete und Fanny war eifersüchtig, so daß sie es kaum verbergen konnte. Seither geschah es öfter, daß sie mit Gretche zusammen kamen; es war, als wäre diese auf, wenn sie spazieren gingen. Und sie kokettirte mit Kas so, daß es schon ekelhaft wurde. Fanny schien es, als müsse Kas errathen, wie ordinär Gretche im Grunde war; allein er merkte es nicht im Geringsten, plauderte mit Gretche genau wie mit

*) Der Armenrathsvorstand war eine der Korymben des Arbeitervereins.

Fanny und von den gleichen Gegenständen; sie wurde ein ums andere mal rasend und rüchte sich, indem sie mit Moe, dem Vageraufseher, Partien machte. An einem Sonntagmorgen unterhielt sich Kas fast nur mit Gretche; es handelte sich um allerlei musikalische Sachen, die Fanny nicht verstand; schließlich lud er beide Damen ein, mit ihm ins Theater zu gehen. Gretche sagte dankbar ja, aber Fanny antwortete nein. Sie war so wüthend, daß sie sich kaum zu beherrschen vermochte. „N, wie dumm,“ sprach Kas; „gehen Sie denn anderswo hin?“ — „Ja,“ versetzte Fanny; „ich soll mit Moe den Arbeiterverein besuchen.“ — Den Arb —?!“ Kas riß die Augen auf. — „Ja. Viel Vergnügen im Theater. Adieu!“ — Sie ging. Es gelang ihr nur eben noch, das Weinen zu unterdrücken.

Sie ging wirklich in den Arbeiterverein. Und Moe, dienstwillig wie ein Stadtbote, ging mit; er war so herzensgut. Sie fand es nicht so übel dort drinnen. Es war eine sogenannte gefellige Zusammenkunft: Vorlesung, Musik, Gesang; zum Schluß sollte sogar getanzt werden; sie traf Bekannte aus der Volksschule und machte neue Bekanntschaften; es war gemüthlich und sie kam in gute Laune. Sie wurde einem jungen, lebhaften, verständigen Mädchen vorgestellt, welches Selga Thorsen hieß, und einem munteren Menschen, namens Markusen; — Markus Olivarins Markusen; mit diesen beiden und mit Moe sah sie im Speisesaal und unterhielt sich eine ganze Weile lang. Markusen war fürchterlich amüsan. Am meisten vielleicht, wenn er lachte; er lachte, daß sich das Dach fast von den Wänden hob. Er prüfte Fanny in allen möglichen Gegenständen; in Geographie erhielt sie die Frage: „Welches sind die größten Inseln von Schweden?“ Sie wußte es nicht;

Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

37

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Unspruchsvoll? Er war ganz einfach so! — Ebenso wenig könnte ich mit einer Dame verheirathet sein, die einen häßlichen Gang hat, oder mit einer, die mit dem Messer isst, oder mit einer, die viel lacht... Es giebt, sehen Sie, gewisse Dinge, die auf eine ganz bestimmte Art auf ein bestimmtes Nervensystem wirken; es nützt nichts, daß man sich darüber hinaussetzt; man muß darauf Rücksicht nehmen, wenn man wählt.

Sie werden sich also gut vorsehen, wie?“ — „Ja. Sie wollen sich natürlich sagen, man könne ich wieder trennen,“ sang er in traurigen Tone weiter. Aber so etwas thut ein gebildeter Mensch einfach nicht. Wenn man ein wenig Nerven hat, so vermeidet man dergleichen; man will, zum Teufel hinein, seine Privatissima nicht im Pöbelmund haben... Oder jedenfalls nicht früher, als bis man so demoralisirt ist, daß es bei Gott schon alles eins ist. Nur etwas so Simples, wie jemand, mit dem man gute Tage verlebt, zu sagen: nun mag ich nicht mehr... man schiebt es aber auch hinanz, bis es fast zu spät ist. Ich kenne das von solch einem leichtsinnigen Verhältnis, das ich einmal gehabt habe.“ — „hm!“ machte Kas; Gram merkte es nicht; — es war ja gerade kein rares Verhältnis; aber denno, hinzugehen und dem guten

promissen hat jeder Theil etwas zu opfern. Thatsächlich betrachtete kein einziges Mitglied des Kongresses das Einigungsprogramm als vollkommen und endgiltig. Alle ohne Ausnahme ordneten aber als gute Sozialdemokraten ihre persönlichen Wünsche der guten Sache unter. Die deutschen Arbeiter wollten die Einigung, und der Einigungskongress hat sie gebracht; und die Einigung der deutschen Sozialdemokratie war mehr werth, als ein Duzend der tadellosesten Programme.

Wenn Marx in seinem Brief den Entwurf als „verwerflich und demoralisirend“ bezeichnet, so hat seine bittere Stimmung ihn irren lassen. Die Folge hat ihm Unrecht gegeben. Das Einigungsprogramm hat seinen Zweck im ausgedehntesten Maße erfüllt, es hat keine „verwerflichen und demoralisirenden“ Wirkungen ausgeübt, sondern im Gegentheil die Klärung, die Reinigung und das Wachstum der deutschen Sozialdemokratie in selbst den Gründern der Einigung überraschender Weise gefördert. Die Mängel des Programms waren der geistigen Fortentwicklung der Partei nicht hinderlich. Der Arbeiter ist kein Schulgelehrter — er legt die Worte nicht auf die Goldwaage; der gesunde Sinn der Partei setzte sich über unpräzise Ausdrücke und Formulierungen hinweg und sah nur die wirklichen, wahren Ziele der Sozialdemokratie, die durch die lebhafteste Diskussion in Versammlungen, in der Presse und in der Partei-Literatur von fremdartigem Beisatz befreit wurden, so daß sie in immer schärferen Umrissen hervortraten.

Nein, wir haben uns unsern alten Gothaer Einigungsprogramms nicht zu schämen. Es hat eine ruhmvolle Geschichte und wird, auch wenn es längst durch ein neues und besseres ersetzt ist, ein Stück Parteigeschichte bedeuten, auf welches die deutsche Sozialdemokratie allezeit stolz sein kann.

Marx hat sein Urtheil über die Einigung und das Einigungsprogramm später zwar nicht formell zurückgenommen, aber thatsächlich hat er sein Urtheil über die Einigung geändert: er ist nicht aus unserer Partei ausgeschieden, wie er damals angedroht hatte, und er hat privatim und öffentlich bei verschiedenen Gelegenheiten in den anerkanntesten und begeistertsten Ausdrücken unserer Kämpfe und Siege gedacht, die ohne die von ihm bekämpfte Einigung nimmer mehr möglich gewesen wären.

Marx hat eine Gewissenspflicht erfüllt, indem er seine wissenschaftlichen Bedenken gegen unsern Programm-Entwurf geltend machte; und die Männer, welche seinen Rath zurückwiesen, haben ebenfalls eine Gewissenspflicht erfüllt, und der Erfolg hat ihnen Recht gegeben.

Als Antwort auf gewisse Unterstellungen erklären wir noch, daß die Veröffentlichung des Marx'schen Briefes ohne Vorwissen der Fraktion und der Parteileitung, welche die Veröffentlichung in der vorliegenden Form nicht gebilligt haben würden, durch die Redaktion der „Neuen Zeit“ erfolgt ist.

Die deutsche Sozialdemokratie war niemals orthodox; sie beugt sich vor der Wissenschaft, steht aber auf dem Boden der Thatsachen und rechnet mit den Thatsachen. Ohne die Prinzipien jemals zu opfern, hielt sich die Partei stets von doktrinärem Prinzipienreiterei fern und mißte die Umstände und Verhältnisse nach Kräften aus. Und das wird auch fernerhin geschehen.

Wir wissen — und die letzten Tage haben aus allen Kreisen der Partei die unweidlichsten Beweise dafür gebracht — daß unsere Genossen einig sind in dem Entschluß, fest zusammen zu halten und sich durch Niemand und durch Nichts von der Bahn abdrängen zu lassen, auf der die deutsche Sozialdemokratie ihre Triumphe errungen hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Februar.

In der heutigen Sitzung des Reichstags begann die „große Debatte“ über das Arbeiterschuh-Gesetz. Vor Beginn derselben spielte ein kleiner Zwischenfall. Dem deutsch-konserverativen Sachsen-Abgeordneten Mehnert, hatte die neuliche Niederlage gegenüber den Genossen Kuer und Bebel bei der Debatte über die Beeinflussung der Freiheit der Wahl durch Polizeibüffel und sogenannte Kriegervereine nicht schlafen lassen. Daß gar Bebel, wie er neulich mitgeteilt hatte, von dem Vater des k. Sachsen-Abgeordneten v. Friesen in seiner Drechslerwerkstatt aufgesucht und zu seiner parlamentarischen Jungferrede gegen den Norddeutschen Bund beizuliegen war, wollte dem Abgeordneten Neuhans nicht einleuchten. Vor Beginn der Tagesordnung meldete sich heute nun Mehnert zum Wort, um in der ihm eigenen selbstgefälligen Weise einen Brief des Abgeordneten v. Friesen zur Verlesung zu bringen, in dem die Mittheilung Bebel's in Abrede gestellt wurde. Diesen — wunderlichen Versuch, Thatsachen dadurch aus der Welt zu schaffen, daß der Brief eines Sohnes verlesen wird, der nicht zum Güter seines Vaters bestellt war, wies Bebel in gebührender scharfer Weise zurück. Er hielt seine Mittheilung über den Besuch seitens des verstorbenen v. Friesen — der übrigens ja vor Zeugen stattgefunden hatte — in vollem Umfang aufrecht und wies darauf hin, daß seit Jahren sowohl in den Versammlungen wie in der Presse unüberwunden das Verhalten der sächsischen Konserverativen in den sechziger Jahren dargestellt ist, wie er es neulich that. Der Abgeordnete Mehnert schien nun einzusehen, daß mit Reden und Briefen Gesehnisse nicht ungeschehen gemacht werden können, schwiug und suchte noch immer den Schlaf.

Darauf begann die Debatte über die „Gewerbe-Ordnungs-Novelle“, wie das sogenannte Arbeiterschuh-Gesetz offiziell heißt. Die zunächst zur Debatte gelangenden §§ 105 bis 105 I beschäftigen sich mit Regulierung der Sonntagsruhe. Die Kommission beantragt in § 105 a, von der Regel, daß die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten können, an Sonntagen zu arbeiten, die Ausnahme, daß zu solchen Arbeiten, die an Sonntagen vorgenommen werden dürfen, eine Verpflichtung stattfinden dürfe. Offenbar hätte mit Annahme dieser Ausnahme das schon jetzt bestehende Verbot, Arbeiter zu Sonntagsarbeiten zu verpflichten, gar keinen Sinn, denn daß keine Verpflichtung zur Vornahme von Arbeiten stattfinden kann, deren Vornahme das Gesetz überhaupt nicht zuläßt, bedarf keines besonderen Ausdruckes im Gesetz. Deshalb hatte das Centrum beantragt, nur die Ausnahme zuzulassen, die das jetzige Gesetz zuläßt, nämlich nur in den Betrieben die Vereinbarung einer Verpflichtung zur Sonntagsarbeit zu gestatten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes eine Unterbrechung oder einen Ausschub nicht gestattet. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen des Centrum und der Sozialdemokraten abgelehnt und durch Annahme des Kommissions-Vorschlages die zweite Berathung mit einer Vertagung des bestehenden Zustandes begonnen. Vorher hatte insbesondere der nationalliberale Abgeordnete Vötlicher darüber ein Klagegedicht angehoben, daß die bösen Sozialdemokraten sich auf keinen Kompromiß einlassen wollten, sondern fröste das verlangen, was nach Ansicht der Sozialdemokraten sehr wohl schon heute durchführbar sei. Die Sozialdemokraten würden, wenn sie nicht glaubten, daß die anderen Parteien die Gewerbe-Ordnungs-Novelle annehmen, wohl dafür stimmen, die Arbeiter würden solche Politik der Sozialdemokraten verdammen, die Sozialdemokraten nähren sich von der Unzufriedenheit der Arbeiter u. s. w. Dies Hodelied zur Einführung der ersten Verlesung des bestehenden Zustandes unter der falschen Etiquette „Arbeiterschuh“ wurde in satirischer Weise von Bebel in allen seinen einzelnen mißtönenden Strophen zerlegt. Bebel hat den so um die Zukunft der Sozialdemokratie bedachten Abgeordneten, sich doch nicht unsere Köpfe zu zerbrechen. Die Gegner der Arbeiter liegen es ja leider an Mitteln und Stoff zur Unzufriedenheit nicht fehlen. Es hindere ja ganz und gar nichts die Gegner der Sozialdemokratie, für deren Anträge, die ja sämtlich annehmbar sind und wirkliche Verbesserungen schaffen, zu stimmen. Aber auch die schönsten Lobreden können nimmer die Sozialdemokraten verführen unter der Anpreisung eines Arbeiterschuhes für Bestimmungen zu stimmen, wie sie die Kommission vereinbart hat, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter noch mehr ver-

schlechtern und die Arbeiter noch mehr zu Knechten bestimmen sind.

Der erste Absatz des § 105 b brachte die Hauptdebatte über die Sonntagsruhe. Dem nationalliberalen Fabrikbesitzer Holzmann war es vorbehalten, zu entdecken und auszuführen, daß das Wasser seinen Verurs verkehle, wenn es ohne im Betriebe eines Industriellen verwendet zu werden, Sonntags den Berg hinabläuft; dann werde der Profit des Unternehmers, sein Zins, seine Dividende u. s. w. ein geringerer, und die Unternehmer kämen dadurch an den Rand des Untergangs. (O Jammer!) Bebel wies diese Anschauung in kritischer Weise als völlig verkehrt zurück, belehrte den Fabrikbesitzer, daß die Sonntagsruhe zum Schutze des Arbeiters notwendig, daß ein Schutz des Arbeiters wichtiger als Schutz des Geldbeutels eines Wohlhabenden, daß aber auch die Sonntagsruhe den Profit des Kapitalisten nach den Erfahrungen anderer Länder, die bereits Sonntagsruhe eingeführt haben, auf die Dauer nicht im Geringsten beeinträchtigt. Die Vortheile einer wirklichen Sonntagsruhe, wie sie der sozialdemokratische Antrag bezweckt („die den Arbeitern zu gewöhnlicher Ruhe hat für jeden Sonn- und Festtag mindestens 36 Stunden zu bannern“) legte Bebel in eindrucksvoller, überzeugender Weise dar. Der Oberstaatsanwalt aus Sachsen, Dr. Hartmann wand sich vergebens unter diesen aus der Vernunft und Praxis entnommenen Gründen und schien auf eine Interpretation des Straf-Gesetzbuchs dahin zu sinnen, daß die sozialdemokratische Forderung beantragte wirkliche Sonntagsruhe grober Unfug sei, zumal der sozialdemokratische Antrag klarstellt, daß die in der Kommission zusammengebrachte vierundzwanzigstündige Arbeitspause eine Sonntagsruhe nicht verschaffe. Aus den nachdenklichen Mienen des sächsischen Ober-Staatsanwalts leuchtete schließlich die Erkenntnis: ein Unternehmer oder sein Freund, der, um sich oder seinem Freund einen Vermögensvortheil zu verschaffen, einen Arbeiter um die ihm von Rechts wegen gebührende volle Sonntagsruhe durch die unmahre Vorspiegelung bringt, daß der Kommissionsvorschlag wahre Sonntagsruhe enthalte, ist wegen Betruges anzufangen, wenn er das volle Veruschulden dessen hat, was er thut.

„König“ Stumm und Abgeordneter Leuschner schlugen in die Harfenlöcher des Untergangs der Industrie. Schmidt (Sachsen) schloß die Debatte mit einer kraftvollen, energischen Ausrufung der Stimmen der Unternehmer gegen eine wirkliche Sonntagsruhe, indem er die Menschenrechte der Arbeiter gegenüber der Profitguth und der Gesezesumgehung der Kapitalisten in wirksamer Weise vertheidigte.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages und die Annahme des Kommissions-Vorschlages und eines Antrages Outfisch und Genossen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Wahre Sonntagsruhe ist also vom Reichstag nicht bewilligt.

Dem Bundesrathe ist eine Vorlage zugegangen, betreffend die elektrischen Anlagen. Ueber den Zweck derselben heißt es in den Motiven:

„Zur Sicherung gegen diese Gefahren muß Vorkehrung getroffen werden, daß alle elektrischen Anlagen diejenige Einrichtung erhalten und mit denjenigen Vorkehrungen versehen werden, welche geeignet sind, die Gefahr für Menschen und die Fenersgefahr thunlichst auszuschließen und daß die Leitungen eine Einrichtung erhalten, durch welche die gegenseitige Störung der Betriebe vermieden und das Zerreißen der Drähte thunlichst verhindert und eintretenden Falls ungefährlich gemacht wird.“

Die Sozialdemokratie in Wien, wie in den Provinzstädten und auf dem flachen Lande ist in größter Organisationsfähigkeit. Das Central-Wahlkomitee mit seinem Sitz in Wien VI, Gumpendorferstraße 60, hat — und dies ist bereits in allen Wahlbezirken Wiens geschehen — Bezirks-Wahlkomitees gebildet, welche sich wieder in Orts-Wahlgruppen gliedern. Die österreichische Sozialdemokratie hat mithin bei den jetzigen Reichsrathswahlen das erste Mal die Gelegenheit, eine Probe-Mobilisierung zu miniaturisieren zu können. Aber trotz aller Beschränkungen des Wahlrechts wird unsere Partei den bürgerlichen reaktionären, wahlberechtigten Parteien etwas zu thun geben, sie werden gezwungen werden, sich mit der Sozialdemokratie belassen und sie — anzuhören. Bisher hat das Bürgerthum, der Kleingewerbebestand sich um unsere Forderungen noch nicht bekümmert, sich mit dem Programm der Sozialdemokratie noch nicht befreundet; in den nächsten Tagen nun soll es Gelegenheit haben, seine bisherige Ver-

er antwortete daher selbst in schwedischer Sprache: „Sveriges storska der tro: Oeland, Gotland och Hindöen i närra Oosän.“, so sagt Dr. Daniel Djurberg, Schriftsteller und Mitglied der kosmopolitischen Gesellschaft in Lund — ah! haha! — Fanny wußte nicht, wo Hindö lag.“) lachte aber dennoch, lachte nur über Marxusfen. In der Linguistik mußte Fanny erklären, was sie unter norwegisch verstehe; als sie fertig war und alles gut gemacht zu haben glaubte, sagte Marxusfen: „Vollkommen richtig, aber nur gerade umgekehrt!“ Da! hahaha! — Ei, also Fräulein Holmsen war keine gute Norwegerin? — Sie konnte aber vielleicht russisch? — Nicht? Russisch war doch auch eine edle Sprache, fast ebenso edel, wie das Landmaal!“ Durfte er fragen — (auf schwedisch) turvs han fraga —, welche Stellung Fräulein Holmsen im politischen Streite einnahm? War keine? Das

*) Schwedens größte Inseln sind: Oeland, Gotland und Hindöen im nördlichen Ocean.

*) Hindö liegt auf der Westküste von Norwegen bei den Lofoten; wie bekannt, lieben die Schweden es aber, Norwegen zu Schweden zu rechnen; daher die Anspielung. Die Bestrebungen Schwedens, Norwegen, das mit Schweden nur durch Personalunion verbunden ist, immer fester an sich zu ziehen, haben als Rückschlag national-norwegische Sonderbestrebungen hervorgerufen.

*) Das „Landmaal“ ist ein auf Grund der norwegischen Bauerndialekte ausgearbeitetes Idiom, welches sich in Grammatik, Wortschatz und Klang scharf vom Dänischen abhebt, das, als die Sprache der vorwieglichen Herren des Landes, zwar zur Buch- und Beamtensprache, aber niemals zur allgemeinen Volkssprache geworden. Das „Landmaal“ will an der Stelle der Dialekte den Dialekt sehen; es ist ausgebildet genug, um literaturfähig zu sein, und eine Reihe von Schriftstellern, Arne Garborg voran, bedienen sich dieser kraft- und klavollen Sprache, dem mächtig emporkraufenden Nationalitätsgefühl der „eger als Waffe und Fahne zugleich dient.

war schlecht! Hielt sie zu Johann Sverdrup?“) Das nicht. Also zum Ministerium? Auch nicht? Ah! ha — ha — ha — ha! Aber da gehörte sie ja zu den Schankelmannern? Eine andere Möglichkeit gab es doch nicht! — Marxusfen hielt einen politischen Vortrag, welcher Helga Thorson dazu brachte zu erklären, er selbst gehöre zu den Schankelmannern. „Du bist so elastisch unparteiisch!“ schalt sie. — „Ja, ich bin ein Regierungsmann!“ sagte Marxusfen. — „Ach, Unsiinn!“ vorlegte Helga Thorson. Es entspann sich eine Diskussion; Fanny begann dies und das zu verstehen; Politik schien eine ernste Sache zu sein; es galt das Wohl des Volkes und Marxusfen hatte Recht; wir sollten uns wirklich dafür interessieren. Und da ging jener Ged herum und trieb Marxusfen. . . . Ein kleiner graugelbeter, magerer Mensch kam und grüßte und wurde von Helga und Marxusfen als Bekannter empfangen; sein scharfes trauriges Antlitz belebte sich, als er Fanny erblickte. Wie in aller Welt, das war ja Student Ughermann! „Ist das nicht Fräulein Holmsen?“ Er grüßte herzlich und dankte mit eigenthümlicher Betonung für „das letztemal.“ „Wußte ich nicht, daß ich Sie wiedersehen würde?“ sagte er lächelnd. Sein Lächeln war ein wenig schief, aber in diesem Moment wirklich vergnügt.

Er setzte sich zu Fanny, bekam sein Glas Bier und begann von alten Tagen zu reden. Seine Stimme war dünn und kippelte leicht um; dieselbe endete gern mit einer kleinen Erbärmlichkeit in den obersten Fittelröhren. „Sie, Fräulein, Sie erinnern sich meiner wohl kaum“, sagte er, „und doch

*) Johann Sverdrup war der Führer des Volks im sogenannten Vetostrite, welcher mit der Verurtheilung des mißlichen Ministeriums endete und Sverdrup an die Spitze der öffentlichen Angelegenheiten brachte.

*) Es ist eine skandinavische Sitte, einem für ein haltgehabtes Vergnügen beim nächsten Zusammentreffen mit den Worten „Tak for sidst“ zu danken.

mögen die Götter wissen, was aus mir geworden wäre, wenn Sie nicht existirt hätten.“ „Ja?“ rief Fanny mit verlegenen Dachen. — „Ja, es ist Ihnen wohl ganz unbekannt“, fuhr er mit seinem gemächlich schiefen Lächeln fort, „aber damals, als meine große Lebensillusion zerbrach . . . mein Vater selig, der Organist, hatte mich eingeredet, ich würde ein Handel oder ein Beethoven werden. . . . hätte ich da nicht die Erinnerung an die junge Walkyrie gehabt . . . welche jung und frisch mir einströmte entgegen und sagte: Ergeben Sie sich nicht! . . . ich hätte, bei Gott, mich ergeben!“ — „Ah, ich war leider keine sehr rare Walkyrie. . . .“ — „Für mich wurden Sie es! Man lebe ich von dem Neste meiner Illusion; aber ich lebe doch; ich habe etwas, wofür mich interessieren und etwas wofür arbeiten; und was macht es, wenn das eigenes Dasein zum Kluck geht; das einzelne Wesen thut nichts hinzu und nichts hinweg; des Volkes Fortschritt, darum handelt es sich.“

Das war eine andere Sorte Menschen, diese hier; sie lebten in einer Welt, welche Fanny gar nicht kannte. Sie mußte da auch hinein, sie wollte hinein. Das Alltagsgeschwätz war ja nicht zu ertragen, besonders wenn man wußte, es existire etwas Höheres. Allein, wie sehr bedürfte sie der Hilfe; Gott, wenn Sie wüßten, wie dümm ich bin! rief sie plötzlich aus. — „Ach, das glaube ich schon“, sagte er, „in den Mädchenschulen lernt man ja nichts anderes als sich verlieben!“ — Sie wurde ein wenig roth; „das können Sie doch nicht ernst behaupten“, meinte sie. — „Ah doch“, nickte er; „sie lernen es durch die systematische Abspernung. Sie werden so andrücklich aufmerksam gemacht auf diesen gottgesegneten Geschlechtsunterschied. Sie müssen ja dann doch endlich darüber nachdenken, was denn eigentlich so Besonders an den Frauen ist, daß sie mit ihnen nicht beisammen sein sollen.“

(Fortsetzung folgt.)

ständnislosigkeit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bedauern zu können. Schon sind eine Anzahl sozialdemokratischer Kandidaten vom Zentral-Wahlkomitee festgesetzt, schon berufen die sozialdemokratischen Bezirks-Wahlkomitees Wählerversammlungen ein und bereits haben Sozialdemokraten in sehr ausgiebiger Weise und mit wahren aber scharfen Worten in bürgerlichen Wählerversammlungen die Geister der Spießbürger zum Erwachen gebracht. Die kommenden Stunden werden schon unsere Armee um Tausende verstärkt haben. So sieht im Augenblicke unsere Sache.

Die österreichische Wahlbewegung treibt hohe Wogen und schiltet selbst die schlammigen Tiefen, aus denen allerhand zweifelhafte Existenzen emporgewirbelt werden. So ist n. A. ein gewisser Trabert ausgetaucht, der jetzt in Wien kandidiert — als Kandidat der christlich-sozialen Antisemitenpartei. Dieser Ultrareaktionär von heute stammt aus Kurhessen und war vor 1866 ein großdeutscher Demokrat, der selbst mit den prononzierten Sozialisten in Verbindung stand und sich eins mit ihnen erklärte. Mit großer Energie bekämpfte er die Bismarcksche Annexionspolitik, und näherte sich 1868 den Weissen. Er kam in heftige Konflikte, wurde während des Krieges auf einige Zeit eingesperrt, ließ sich dann in allerhand umstürzlerische Unternehmen ein und mußte schließlich bei Nacht und Nebel aus Deutschland nach Wien flüchten. Von dort bekannte er sich noch in vielen Briefen nach Deutschland als glühenden Demokraten. Er scheint aber Dying (der Residenz des entthronten Königs von Hannover) zu nah gekommen zu sein. Jedenfalls kam er in schlimme Gesellschaft und auf die schiefe Ebene, die rettungslos in den Sumpf führt, und heute ist dieser glühende Demokrat und Freigeist ein antisemitischer Pfaffenknecht und Ultrareaktionär.

Die Wiener Wähler werden sich hoffentlich den Mann näher ansehen, namentlich auch das Dunkel seiner Laufbahn in Wien aufhellen, und am 5. März diesen Renegaten der Demokratie und der Sozialdemokratie so gründlich durchfallen lassen, daß er das Wiederlanddixen vergißt.

Dem von der französischen Regierung eingesetzten höheren Arbeiterrath, welcher in der nächsten Woche zu seiner ersten Session zusammentritt, wird die Prüfung der nachstehenden Fragen obliegen: Schiedsgerichte betreffs Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, Dienstvermittlungsbüro der Arbeiter, die Lohnfrage, Auszahlungsmodus für die Löhne und Unantastbarkeit der Arbeitslöhne.

Bahnbrechendes scheint demnach die französische Regierung in Sachen der Sozialreform nicht vorzubereiten.

Der Kampf der englischen Dock- und Rhebedarbeiter mit dem King der Dock- und Rhebedereibitzer dauert fort. Er wird von beiden Theilen gleichzeitig in verschiedenen Hafenstädten Englands und Schottlands geführt — ein allgemeiner Streik, dem beide Theile bis jetzt aus dem Wege gehen, wird aber, wenn nicht bald eine Einigung zu Stande kommt, nicht lange zu verhindern sein. Das Wetter spielt bei diesem Kampf eine wichtige Rolle. Tritt wieder Kälte ein, so kommen die Rhebedereibitzer in Vorthell, weil die Arbeiter bei Frost mehr für's Leben brauchen, als bei milder Witterung, und weil, infolge des Stockens vieler Arbeiten im Freien, die Zahl der Arbeitslosen auch anderen Gewerken vermehrt und infolge dessen auch der Zuzug von „Blacklegs“ (Schwarzbeinen d. h. nicht organisierten Arbeitern, die sich gegen die Organisation gebrauchen lassen) größer wird, so daß die Dock- und Rhebedereibitzer mit den laufenden unaufschiebbaren Arbeiten nicht so leicht in Verlegenheit gerathen.

Die irische Frage — das kann jetzt nicht mehr bezweifelt werden — ist Gladstone verhängnisvoll geworden. Alle Bemühungen, den Parnell-Standal auf die eine oder andere Weise zu vertuschen, sind an der Hartköpfigkeit des ungekrönten Er-Königs von Irland gescheitert, und der Führer der englischen Opposition ist durch diesen Mann, auf den er sich thatsächlich stützte, und dem er in allzugroßer Vertrauensseligkeit mehr sagte, als nach der Tallyrand'schen Diplomaten-Regel gut war, thatsächlich matt gesetzt worden. Die brutalen Rücksichtslosigkeiten Parnell's haben Gladstone arg bloß gestellt — weder in Irland, noch in England kann das Spiel, welches er mit der irischen Frage gespielt hat, für ein ehrenliches gehalten werden, und für den „wunderbaren Greis“ handelt es sich jetzt nur noch um einen „guten Abgang“ von der politischen Bühne.

Die am vorigen Sonntag in Spanien stattgehabten Wahlen haben trotz des allgemeinen Stimmrechts der Sozialdemokratie kein Mandat eingebracht. Kandidaten hatte die Partei in Madrid, Bilbao, Barcelona, Valencia und Malaga aufgestellt, doch dürfte die Gesamtzahl der für dieselben abgegebenen Stimmen kaum 10 000 betragen. Angesichts der Thatfache, daß im Laufe des vorigen Jahres in den östlichen Provinzen Spaniens Wahlen stattfanden, an denen sich niedrig berechnet 100 000 männliche Arbeiter beteiligten, ist das jeztige Wahlergebnis etwas überraschend. Der Grund dieser Erscheinung ist jedoch nicht allzu schwer zu erkennen. In allen Kreisen, in denen die Arbeiterbewegung so stark aufgetreten war, sind am 1. Februar Republikaner der radikalsten Richtung gewählt worden, darunter Männer, deren Namen bei den Volksmassen aus den verschiedenen spanischen Revolutionszeiten in hohem Ansehen stehen und die, abgesehen von den eigentlich sozialistischen Forderungen, alle demokratischen und republikanischen Wünsche der Arbeiterpartei in ihr Programm aufgenommen hatten. Und mit diesen äußerst populären Kandidaten konnten die Vertreter der sozialistischen Partei nicht konkurrieren, zumal sie sämtlich einfache Arbeiter waren, welche erst seit einem Jahre unter der Arbeiterbevölkerung eine führende Stellung erlangt haben. Dazu kam, daß die Arbeiter, welche bei den Lohnkämpfen eine so bewundernswürdige Einmüthigkeit gezeigt hatten, jezt bei den Wahlen im höchsten Grade unruhig waren. Die sogenannten Anarchisten hatten überall Wahlenthaltung gepredigt und doch bei den sozialdemokratischen Kandidaten Eitelkeit und Charlatanismus vorgeworfen, während auf der anderen Seite die von der bürgerlichen Demokratie ins Leben gerufene „possibilistische Arbeiterpartei“ ebenfalls Verwirrung unter die Arbeiter brachte. — Nichtsdestoweniger wird die einmal begonnene sozialistische Bewegung auch in Spanien in normaler Weise voranschreiten, und wenn es ihr auch noch nicht beim ersten Sturmzug gelang, eine glänzende Ver-

tretung im Parlament zu gewinnen, so wird sie doch in ruhiger und stetiger Arbeit ihre Festigkeit nach Innen erhöhen.

Etwas verfrüht wurde in Madrid die 400jährige Wiederkehr der Entdeckung Amerikas durch eine Rede des spanischen Ministerpräsidenten Canovas del Castillo gefeiert. Der Ruhmestitel der Entdeckung steht zwar fest, aber ebenso sicher ist es, daß die spanische Verwaltung der amerikanischen Kolonien zu den schwärzesten Flecken in der Geschichte der Menschheit gehört; die unerhörtesten Grausamkeiten wurden von den spanischen Beamten im Namen des Christenthums an durchaus wehrlosen Indianerstämmen verübt. Die uralte Kultur Mexikos und Centralamerikas wurde vernichtet und die Bevölkerung auf das niedrigste geistige und kulturelle Niveau zurückgeworfen. Als Spanien von der Herrschaft in seinen Kolonien verdrängt wurde, erwies es sich, daß die spanischen Kolonisten unfähig zur Selbstregierung waren und bis zum heutigen Tage geblieben sind. Woher unter diesen Verhältnissen ein spanischer Ministerpräsident Veranlassung nimmt, die Entdeckung Amerikas als eine Ruhmes- that des spanischen Volkes zu preisen, bleibt uns unerfindlich.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß gestern, dem Reichstage die Gültigkeit der Wahlen der Abgeordneten Gosang (d. Magdeburg) und v. d. Osten (B. Stettin) zu empfehlen. Obwohl in beiden Wahlkreisen die sogenannten Ordnungsparteien sich der verwerflichsten Mittel zur Vereinfachung der Arbeiterwähler bedienten, so kam, angesichts der sehr erheblichen Majoritäten der gewählten Abgeordneten, die Kommission doch einstimmig zu dem Eingangs mitgetheilten Beschlusse. Leider haben es sich besonders die Protestherden aus dem Wahlkreise Randow-Geisenhagen ungemein leicht gemacht und es unterlassen, über die dort passirten, geradezu skandalösen Vorgänge, Beweismaterial beizufahren. Die Genossen mögen sich überhaupt ein für alle Male zur Notiz nehmen, daß Wahlproteste, welche nicht in allen Punkten unter Beweis gestellt werden können, besser ganz unterbleiben. Im Allgemeinen sei mitgeteilt, daß der Wahlprüfungs-Kommission noch 25 Wahlen zur Prüfung vorliegen, so daß dieselbe noch im Laufe der jetzigen Session mit ihrer Aufgabe, soweit es sich nicht um Wahlen handelt, aber welche amtliche Erhebungen notwendig sind, fertig werden kann.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Schönebeck. Am Sonntag, den 8. Februar, fand die Versammlung vom 29. Januar statt, in welcher nochmals unser Genosse Redakteur Adolf Hoffmann aus Reich. in kurzen Zügen über „die heiligen zehn Gebote und die bestehenden Klassen“ referierte. Noch niemals hat unsere Versammlung so bitter enttäuscht worden wie an diesem Abend. Durch nur zwei Anwesenheit war die Versammlung bekannt gemacht worden, und es waren mindestens 3000 Personen anwesend. Solche Stärke und interessante Versammlung hat Schönebeck noch nicht erlebt. Nach einem kurzen nochmaligen Ueberblick über die Tagesordnung wurde zur Diskussion geschritten.

Wollten wir auf dieselbe näher eingehen, wir würden Ihr Blatt zu sehr in Anspruch nehmen; ich will nur kurz erwähnen: noch nie sind unsere Gegner so getroffen worden, wie diesmal. Der Herr Oberprediger Dr. Rathmann betonte, daß es ihm unendlich schwer wäre, in dieser Versammlung zu sprechen, und daß er nicht gekommen wäre, wenn er nicht ein so warmes Herz für die Arbeiter hätte. Genosse Hoffmann hatte hier ein sehr glänzendes Feld und der Herr Oberprediger wurde so widerlegt, daß er nachher nur noch ein laises Kopfschütteln hatte. Seinem Amtsbroschur Kromphardt erging es nicht besser. Als Hoffmann ihm erwiderte, verließen die Herren den Saal. Der große antisemitische Redner, der bisher immer den Muth hatte, uns entgegen zu treten, Herr Rechtsanwalt Schenk, hatte es diesmal vorgezogen, nicht zu erscheinen.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Unter den Arbeitern des „Oberschlesischen Industriebezirks“ gibt es fortwährend. Wenn die entstehenden Streiks auch wieder beigelegt werden, so ist damit die Ruhe noch nicht hergestellt. Hört man die Arbeiter reden, so bin ich überzeugt, daß bald auch diese für unsere Sache gewonnen sein werden. Hier heißt es handeln; der Bevölkerung müssen die Augen geöffnet werden. — Ueber die Arbeiterverhältnisse in den ländlichen Bezirken ein andermal.

Kommunales.

Die liberale Majorität der Stadtverordnetenversammlung zeigte gestern wieder ihr wahres Gesicht. Der ehemalige Regierungsrath Hasse gab in lebhafter Weise seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß arbeitslose Arbeiter und Arbeiterinnen es gewagt hätten, in ihrer Petition um Erlass eines Anzials Miethen nicht durchweg in den Ausdrücken zu sprechen, wie es der Regierungsrath, als er noch in Diensten war, seiner vorgefetzten Weisheit gegenüber allerunterthänigst anzuwenden beflissen war. Vogt-herz war doch fast genug, der Versammlung zur Erwägung zu unterbreiten, ob in der That ein arbeitsloser Arbeiter stets die formelle Bildung eines Regierungsrathes erworben hat, deren Spuren bekanntlich die Stadtverordneten-Majorität mit Eifer bei ihren Handlungen zu verwischen und statt dessen das Gegenheil von parlamentarischen Anstand zu zeigen mit Erfolg bemüht ist. Galt nichts — die Petition wurde der wüste Haufen, die dem Gebahren Tobtschiger entsprach der wüste Haufen, die Art der Großschritte und das lebhafteste Herumspringen der meisten Mitglieder der Stadtverordneten-Majorität, als Genosse Singer den Magistrat um Ankauf hat, in welcher Weise finziges Fleisch von der Stadtverwaltung veräußert würde. Der Magistratsvertreter versicherte, daß die verkauften Finnen ganz tot seien und daß der Stadtsaal den Ankauf dieser Granate nicht ertragen könne.

Dem freisinnigen Stadtverordneten Kalisch blieb es, wie Singer treffend hervorhob, vorbehalten, die berühmten Bege seines Kollegen Meyer I zu wandeln und den Sozialdemokraten, die eine sachliche Anfrage gestellt hatten, zu imputieren, sie hätte nicht zur Behebung der Nothlage, sondern zur Verunreinigung oder Verleumdung der Bevölkerung, den Schluß der Debatte beantragte und beschloß schließlich die Majorität der Freisinnigen, als Stadthagen sich zum Worte meldete. Als Stadthagen dennoch das Wort zur zweiten Lesung ergriß und auf den Mangel an Anstand und Parlamentarismus der Majorität hinwies, fühlten sich 42 Stadtväter getroffen und verließen nach berühmtem Muster den Saal. Stadthagen hat nun Ermächtigung der Preispreise.

Soziale Uebersicht.

Achtung Formier! In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ befindet sich ein Aufsatz vom Streikkomitee der Formier Halle a. S. Es heißt dort: Es ist bedauerlicherweise ein großer Bezug von Berliner Formieren zu konstatieren. Ich kann nicht umhin, diesen Vorwurf seitens des Streikkomitees zu widerlegen.

In einer Millionenstadt wie Berlin, wo aus allen Gegenden fremde Formier zugereist kommen, ist es kein Wunder, wenn sich mal ein Mensch findet, welcher als Streikbrecher auftritt, aber so viel sind wir sicher, daß von den organisierten Formieren Berlins keiner sich zum Lumpen degradirte, denn sie haben alle am 1. Mai 1890 die Feuerprobe bestanden. Wir haben heute noch Kollegen, welchen am 1. Mai die kapitalistische Hungerkur zudiktirt wurde, nach Kräften unterführt, und ich traue es deshalb keinem zu, daß er nach Halle geht und Streikbrecher wird. Sollten sich vielleicht dort Leute befinden, welche sich Berliner nennen, so bitte umgehend Beschaid; wir werden uns dann diese Elemente, sollten Sie mal nach Berlin kommen, bei Tage ansehen. Ich bitte, meine Erwiderung nicht abel zu deuten, es ist aber meine Pflicht, den Berliner organisierten Formieren gegenüber, uns gegen Verärgertes zu verwahren, denn grade Berlin giebt sich die größte Mühe, sämtliche Formier zu organisieren. Mit kollegialischem Gruß Emil Post, Vorsitzender des Fachvereins der Formier Berlins S.O., Mariannenstr. 21.

Verfammlungen.

Eine zahlreich besuchte Kommunalwähler-Versammlung für den 21. Kommunal-Wahlbezirk fand am 11. Februar unter dem Vorsitz des Genossen Börner statt. Der sozialdemokratische Kandidat des Bezirkes, Genosse Th. Meyer, hielt einen Vortrag über die gerechten Forderungen der Bürgerschaft und das Verhalten ihrer Vertreter im rothen Hause gegenüber denselben. Redner führte aus: Unter berechtigten Forderungen der Bürgerschaft habe man diejenigen zu verstehen, welche im Großen und Ganzen dem Allgemeininteresse der Bürger entsprechen. Die Bürgerschaft rekrutirt sich aber zu ihrem weitläufigsten Theil aus Angehörigen der arbeitenden Klasse und somit kommen die Forderungen für das Wohl dieser Klasse zuerst in Betracht; sie müssen zuerst berücksichtigt werden. Die Aufgabe einer Stadtvertretung soll es nun sein, alle Forderungen objektiv zu prüfen und zu erledigen. In diesem Sinne hat die Berliner Stadtverordneten-Versammlung nicht gehandelt; die Mehrheit der Versammlung hat immer bei der Erledigung von Forderungen, welche im Interesse der Mehrheit der Bürgerschaft gestellt würden, ihr Klasseninteresse, das Interesse Besitzender missprechen lassen. Illustrirt wird dies so recht durch ihr Verhalten der Petition der Maurer gegenüber. — Um die Majorität der Stadtvertretung in das rechte Licht zu stellen, geht der Referent des weiteren näher auf die bekannte partielle Art und Weise ein, mit welcher dieselbe die Petition der Gemeinde um Ueberlassung von Schulräumen, die Petition der Arbeitslosen, den Antrag betreffs unentgeltlicher Hergabung von Schulmitteln, die Anregung betreffs der Errichtung von Wärmefinden erledigt hat. Redner kritisiert dann noch das Verhalten der Stadtvertretung in der Frage der Miethsteuer, sowie dasjenige gegenüber dem Antrage, den ländlichen Arbeitern einen Mindestlohn von täglich 3 Mark zu garantiren und giebt zum Schluß der Meinung Ausdruck, daß es der Mehrheit der Stadtvertretung unmöglich ist, für die Arbeiter und die kleinen Handwerker und Handelsleute etwas Gutes zu schaffen, da die ihr angehörigen Stadtverordneten die Verhältnisse derselben nicht kennen. Darum müsse man die Stadtverordneten-Versammlung so zu gestalten suchen, daß sie im Stande sei, die Interessen der großen Mehrheit der Bürgerschaft zu vertreten. Am 21. Kommunalbesitz habe am 16. Februar jeder rechtlich Denkende in diesem Sinne seine Stimme abzugeben. — Lebhafter Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Flatau, Böhm, Volter, Lorenz und Ebert. Nach dem Schlusssatz des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kandidaten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, am Tage der Wahl mit aller Energie für die Wahl derselben einzutreten, um denselben zum Siege zu verhelfen.“ — Unter „Verschiedenem“ machte Genosse Schweizer folgenden bekannt: Zu wählen haben diejenigen zur dritten Klasse Gehörigen, welche in folgenden Häusern wohnen: Alexandrinenstraße 39 bis 43, 58 bis 59; Annenstraße 6 bis 26, 57 bis 64; Reuthstr. 1 bis 18/22; Dresdenstr. 52/53 bis 52/58 bis 92; Neue Grünstr. 2 bis 4, 9 bis 33, 38 bis 40; Alte Jakobstr. 29 bis 43, 46 bis 98/97, 101 bis 114; Neue Jakobstraße 4 bis 22, 26 bis 28; Inselstr. 82 bis 132; Neu-Rölln am Wasser 1 bis 24/26; Kommandantenstr. 5 bis 71/72; Körnerstraße 1 bis 24; Leipzigerstr. 58 bis 87/88; Louisenkirchhof 1, Oranienstr. 70 bis 75, 130 bis 136; Neue Köpstr. 1 bis 23; Sebastianstr. 23 bis 62; Seydelstr. 1 bis 31 a; Spittelmarkt 1 bis 16/17; Eplittgerbergasse 1 bis 4; Stallreiberstr. 17 bis 47; Balstr. 1 bis 80, 80/84 bis 91. — Die Wahllisten liegen täglich zur Durchsicht aus bei A. Schweizer im Zigarengeschäft, Dresdenstr. 52/53 (City-Passage). Die Genossen, welche Jemanden wissen, der seit dem 1. Oktober vorigen Jahres aus den oben angegebenen Häusern verzogen ist, werden gebeten, denselben zur Durchsicht der Listen zu bewegen, ebenso werden diejenigen in den betreffenden Häusern wohnenden Wähler, welche keine Bescheid vom Magistrat bekommen haben, aufgefordert, die Listen durchzugehen. Die nächste Kommunalwähler-Versammlung findet am Sonntag, den 15. Februar, in den „Bürgerläden“ statt und werden derselbst die Genossen Singer und Meyer referiren. Die Wahllisten liegen noch am Tage der Wahl in den Wahlbüros, welche noch bekannt gemacht werden, aus. — Hierauf wurde die Versammlung mit einem stürmischen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anträgen bitten wir die Abonnements-Cultivierung beizubehalten. Welche Antwort wird nicht ertheilt.

Lehrkräfte. Wenden Sie sich an den hiesigen Metallarbeiter-Verein.

D. F. Fragen Sie in einer Buchhandlung nach.

D. J. Vergleichen Sie den Bericht über die Versammlung im 21. Wahlbezirk.

D., Völkerei. 35. Der Tischlerstreik in Berlin begann am 21. April 1894.

D. B. Der Köhler Tom ist höher.

Wendamm. Landsbergerstr. 62. Das Andere wird von unserer Expedition besorgt werden.

Briefkasten der Expedition.

Bei Einsendung von Inseraten bitten wir hies den Betrag (4 Zeile 40 Pf.) beizufügen, sofern der betr. Einsender nicht bei uns Konto hat.

Wir bitten um baldige Adressangaben folgender Kassirer: Nauallab Angro-Bequena, Arbeiterinnenverein der Buchdruck- und Schnellpressen, Freie Vereinigung der Bau-Arbeiter Berlins, Unterführungsverein der Wärfen- und Pflanzmacher (Pillule Berlin), Verein der Bau- und gemerblichen Hilfsarbeiter Schöneberg, Freie Vereinigung und Kommission der Kartonsarbeiter.

Theater.

Freitag, den 13. Februar.
Spernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Lehrer-Theater. Hedda Gabler.
Berliner Theater. Graf Waldemar.
Deutsches Theater. Das verlorene Paradies.
Friedrich-Wilhelm-Büdi. Theater. Reihner Porzellan. Hierauf: Niedermaus.
Wagner-Theater. Mit Helvet.
Aschen-Theater. Der selbige Loup.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Sellekiantheater. Schelm Cupido. Vorher: Pension Schöller.
Ostend-Theater. Ein berühmter Mann.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juan.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Platz.
 Freitag, den 13. Februar, Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung
 mit vorzüglich gewähltem Programm, wovon besonders hervorzuheben sind: Corneville-Quadrille mit Glockenspiel, geritten von 8 Damen und 6 Herren. Musikal. Entree der Gebr. Permann. Postillon, Graf Nappengast, in der hohen Schule geritten von Hrn. Ernst Schumann. Auftreten der Pirouetten-Reiterin Fräulein Helene Gerard. Jammarie, arab. Fuchshengst in Freiheit vorgeführt von Herrn Ernst. Dr. Achilles, Saktomortales zu Pferde. Abd-el-Kader, in der Campagne-Schule geritten von Fräul. Wiele Schumann. Komische Entrees sämtlicher Clowns.
 Zum Schluss der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Eine ländl. Hochzeit.
Sensationelle Wasserpantomime.
 Spezialität: 4 Wassernymphen.
 Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem Programm. Eine ländliche Hochzeit.
 Sonntag: 2 Vorstellungen, 8 1/2 und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Circus unter Wasser.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andreas**, Alexanderstraße 27c.
Margarethe Steinow, Siedersängerin.
Paul Jülich, Gesangsbariton.
Mr. Goswin, Musik. Neger-Clown.
Frl. Sonne, Kostüm-Soubrette.
Gebr. Corradini, Tanz-Duoettisten.
Mons. Bernard, Schnellzeichner.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 8 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf. im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion **J. Ködman.**
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausgang von Pajenhofen Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern, angeführt von dem Musik-Direktor **D. Sanjleben.**
 Wochentags: **Frei-Concert.**
 Sonntags Entree 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 768 **F. Sodtke.**

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22, 23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
 in Laboratorium.
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Durch die Geburt einer kleinen Soci wurden hoch erfreut
 1711
 August u. Marie Penn.

Es gratuliren die rev. Vadaas. 475 b

Unserm Kollegen **Wilh. Hornig** zu seinem 40. Geburtstag ein donnerndes Hoch. 472 b
Die dürstigen Seelen.

Unserm rothen revolutionären Freunde und Genossen **Otto Thierbach**, gen. der Länge, zu seinem heutigen 30. Wiegendstage ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Schmederstraße Kobold schießt. Otto agitiert, oder diskutiert heute nicht so lange, sondern schenke lieber ein. 470 b
Dein rother Stamm.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch mein innigstgeliebter Mann, der **Schriftf. Karl Knöppen**, nach furchtbaren Leiden verstorben ist. — Die Beerdigung findet am **Sonntag, den 15. d. Mts., Nachm. 4 Uhr**, von der Leichenhalle des **Jakobi-Kirchhofes in Tempelhof** statt. — Um stille Beileid bittet
 Die trauernde Wittwe **Frau Knöppen.**

Unsern herzlichsten Dank sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „**Brudersherz**“ für die große Theilnahme, welche meinem geliebten Manne und unserem theuren Sohne zu seiner Beerdigung dargebracht wurde. 467 b
 Die tiefbetrübten Hinterbliebenen. **Familie Daberkow.**

Verein der Sattler und Sattlergenossen.

Am **Sonabend, den 14. d. Mts.,** Abends 8 1/2 Uhr,
 bei **Reyer, Alte Jakobstraße 83,**
Berlin.
Berlin.
 Tagesordnung:
 1. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie. Referent: **Neugierungs-Baumstr. a. D. Reiter.**
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes. 261
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
 Der Vorstand.

Rohrleger, Helfer!

Sonntag, den 15. Februar:
General-Berlinung
 bei **Feuerstein, Alte Jakobstr. 75,**
 Vormittag 10 Uhr.
 T.-D.: 1. Vortrag über Arbeiterschub.
 2. Diskussion. 3. Kassenbericht.
 4. Verschiedenes und Fragen.
 258 **J. Reckner.**

Central-Kranken- u. Sterbefälle

der **Tischler u. s. w.**
Verwaltung Berlin H.
 Laut Beschluß der Mitglieder-Berlinung ist die Zahlstelle von Wienerstraße 21 nach **Grünauerstr. 3** bei **Golze**, und die Zahlstelle von Grünerstraße 88 nach **Lübbersstr. 22** bei **Kubrich** verlegt, und werden dort **Sonabends** von 8-10 Uhr **Abends** Beiträge angenommen. Das Krankengeld wird **Lübbersstr. 22** bei **Kubrich**, **Sonabends** **Abends** von 7-9 Uhr ausgezahlt. 307
 Um weiteste Verbreitung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Schlosser!

Der vom Fachverein veranstaltete **Gesellige Abend** verbunden mit **Concert, Vorträgen und Tanz** findet am **27. Sonabend, den 14. Februar,** Anfang 8 1/2 Uhr, beim Kollegen **Gründel, Dresdenerstr. 116,** statt.
 Wir ersuchen die Kollegen, sich nebst Familie zahlreich daran zu beteiligen.
 Der Vorstand.

Bereinigung der Drehsler Deutschlands.

Zahlstelle **Rivdorf u. Umgegend.**
Berlinung
 am **Sonntag, den 15. Februar 1891,** Vormittags 10 1/2 Uhr,
 in **Hoffmann's Lokal, Bergstr. 103.**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des **Reif. Hildebrandt** über Alters- u. Invaliden-Versicherungsgesetz.
 2. Diskussion. 471 b
 3. Gewerkschaftliches u. Verschiedenes.

Steindrucker, Lithographen und Berufsge nossen Berlins.

Die am 11. d. Mts. stattgefundene öffentliche Berlinung hat den Kollegen und Hilfsarbeitern der Firma **Deisterreich u. Hartmann** ihre volle Sympathie ausgesprochen und es als eine ehrenhafte Pflicht anerkannt, dieselben nach besten Kräften zu unterstützen. Zu diesem Zweck bitten wir von den ausgegebenen Listen regen Gebrauch zu machen. Ferner sind bei den nachstehenden Kommissions-Mitgliedern jederzeit Listen in Empfang zu nehmen, jedoch unter allen Umständen auch gleichzeitig **jeden Montag der Woche abzurufen.**
Schütz, Breslauerstr. 5.
Obier, Brunnenstr. 68, 4 Tr.
Sillier, Gräberstr. 77, 3 Tr.
Mani, Diegnitzstr. 2. 478 b
Rose, Landsbergerstr. 16.
A. Schulz, Ewinenländerstr. 69, Seitenflügel 3 Tr.
 Ferner im **Arbeits-Nachweis** bei **Herrn Kuhlmei, Rosenstr. 30.**

Achtung, Ladierer!

Filiale IV 214
der Vereinigung d. Maler etc.
Berlinung
 am **Sonabend, den 14. d. Mts.,** Abends 8 1/2 Uhr,
 in **Boyer's Restaur., Neue Grünstr. 14.**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des **Herrn Max Preuss.**
 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.
 Da ein sehr wichtiger Punkt zur Beratung steht, ist zahlreiches Erscheinen erwünscht. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.

Vereinigung der Drahtarbeiter.

Sonabend, Abend 8 1/2 Uhr:
Berlinung
Orenadlerstr. 33. 189
Metallbüsten
 von 477 b
Lassalle, Marx u. A.
 in sauberer Ausführung, 11 Zoll hoch, sind zu haben bei **Otto Goepel,** Gifelseur, Josephstr. 9.

Butter-Handlung

von **Bernh. Müller,**
Neue Poststraße 1
 empfiehlt:
ff. Tischbutter
1 Pfund 1 Mk.
ff. Bratenbutter 55 Pf.
Prima Sardellen 80 Pf.
Freie Eier billig.
Ullersdorfer Sahnenkäse Stück 20 Pf.
 (weich und gelb). 807
Thüringer Kümmeltäje 3 Stück 25 Pf.

Nothab A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 8,
 am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Cakete.**
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nothabate sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 8, am **Lade'schen Markt.** [746]

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.

Ganze Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser, 199 L.
167. Reichenbergerstr. 167.

Sophabezüge!

Beste in Nipol, Damast, Granit, Glasch und bunten Stoffen spottbillig.
Emil Lefèvre, Graniensstr. 158.
Proben franko! [84 J]

Kinderwagen.

Das gr. Lager Berlins
Bereins-Saal u. -Zimmer
 für **Son- u. Wochentage** zu haben
Gipsstraße 3.

Zimmerleute!

Montag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr:
Versammlung der Freien Vereinigung
 in **Rehlitz Salon, Berg-Strasse 12.**
 Tagesordnung: 1. Vortrag des **Herrn Pöus** über Zeitlohn und Stücklohn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 352
Jeder Zimmerer ist willkommen. **Der Vorstand.**

Achtung! Buchbinder und verw. Berufsge nossen. Achtung!

Sonabend, den 14. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr:
Große öffentliche Berlinung
aller Arbeitslosen obiger Branchen
 im **Restaurant Gründel, Dresdenerstrasse 116.**
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des **Stadtverordneten Klein.** Diskussion und Verschiedenes.
 Das Erscheinen aller arbeitslosen Kollegen ist erforderlich. 24b

Allgemeiner Metallarbeiter-Verein Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 15. Februar, Vormittags präzis 11 Uhr:
Beschließende Berlinung
 in den „**Armin-Hallen**“, **Kommandantenstraße 20, großer Saal.**
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über die Ergebnisse der Statistik. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über den Druck neuer Statutenbücher. 4. Die diesjährige Feier des 1. Mai. 5. Antrag der Kollegen aus dem Norden auf Abhaltung eines Vereinsvergägens. 6. Verschiedenes und Fragen. — Um recht regen Besuch wird gebeten. — Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert. **Der Vorstand.** 224

Fachverein der Marmor- und Granitarbeiter.

Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Berlinung
 in **Deigmüller's Salon, Alte Jakob-Strasse Nr. 48a.**
 Tages-Ordnung:
 1. Erwahlen zum Vorstand. 448 b
 2. Erledigung der eingegangenen Anträge.
 3. Verschiedenes.
 Wir fordern jeden, namentlich alle überzeugten Kollegen auf, in dieser Berlinung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmatoren.

Sonabend, 14. Februar, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Zentner, Münstr. 11:
Mitglieder-Berlinung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des **Herrn Pinn** über: „Nordau's Konventionelle Sägen der Kulturmenschen.“ 2. Diskussion. 3. Vierteljahresbericht. 4. Verschiedenes.
 Während der Pause findet die Ausgabe der Billets zu dem am 7. März in **Suß' Salon, Große Frankfurterstr. 87,** stattfindenden **Radtenball** statt. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand. 227

Öffentliche Berlinung

sämtlicher in der
Hutbranche beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen
 am **Freitag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr,**
 im **Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11-10.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des **Herrn W. Werner** über: „Das Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetz.“ 2. Beschlußfassung über den 1. Mai. 3. Bericht der Delegirten zur **Streit-Kontrollkommission.** 4. Heranziehung der Strohhutarbeiter zum **Unterstützungsverein** deutscher **Hutmacher.** 167
 Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
Die Einberufer.

Reinickendorf.

Sonntag, den 15. Februar, Mittags 1 Uhr:
Gr. öffentl. Berlinung f. Männer u. Frauen
 im **Lokale des Herrn Jördes, Wallstraßen-Gäß.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des **Herrn Dr. Lütgenau** über Alters- und Invaliditäts-Versicherung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 466 b
 Zur Deckung der Unkosten findet **Zellerberlinung** statt.
Der Einberufer.

Norbert's Bierhallen

(früher May),
Beuth-Strasse Nr. 20-22.
Großer Frühstücks-, Mittags- u. Abendstisch zuivilen Preisen.
 Gleichzeitig empfehle meine hochgelegenen Säle zu **Versammlungen** und **Festen** aller Art. Ebenso halte meine **Vereinszimmer** noch für einige Tage der Woche **bestens** empfohlen. **Achtungsvoll**
165 L. F. Norbert.

Wir liefern je nach Wunsch mit Patent- oder Korken-Verschluss

à 3 Mark
30 Flaschen Bagenhofer Bier (Schoppen)
 oder **24 „ Bagenhofer Bier** Inhalt ca. 4/10 Liter,
 oder **20 „ Bagenhofer Export-Bier** Inhalt ca. 4/10 Liter,
 durch unsere eigenen Gespanne **frei ins Haus.**
 Jede Flasche wird auf dem Etikette mit unserer **gerichtlich eingetragenen Schutzmarke** und mit der Bezeichnung „**Franzerri-Abzug**“ versehen sein.
 In Gebinden liefern wir:
 1/2 Tonne Bagenhofer Bier M. 3,50 } frei Haus.
 1/2 „ „ Bagenhofer Export-Bier 4.— }
 Bestellungen bitten wir direkt an uns zu richten.
Berlin NO., Landsberger Allee 27. Fernsprech-Amt VII. No. 5535.

Action-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe,

vormals **Patzenhofer.**

Vereinen und Gesellschaften zur gest. Nachricht, daß meine **Festfälle zum 28. d. Mts.** noch **frei** sind.
H. Norbert (früher May), Beuthstr. 20-22.
 169 L.

Nachtrag zur Januar-Quittung.

Nachträglich sind noch folgende Beiträge für den Monat Januar in meinen Besitz gelangt, die infolge meiner Abwesenheit von Berlin erst jetzt veröffentlicht werden können. II. Wahlkreis Berlin d. Kl. 400.—, darunter von Gr. 16,50. Von M. 60.—. Von Fr. 8,85. Deutsche Genossen in Paris 40.—. Durch C. S. gesammelt Grünstr. 27, Berlin, 5,80.

Durch einen Druckfehler sind in der gestern veröffentlichten Quittung unter D. 3. Berlin 411.— aufgeführt statt 40.—.

Berlin, den 11. Februar 1891.

A. Bebel.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

64. Sitzung vom 12. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Voetticher, von Verleysch.

Vor der Tagesordnung verliest Abg. Mehnert (L.) folgendes Schreiben seines erkrankten Fraktionsgenossen v. Friesen: Aus dem Bericht über die Sitzung des Reichstags vom 9. Februar ersehe ich, daß der Abg. Bebel die bereits öffentlich als unwahr bewiesene Behauptung wiederholt hat, daß mein verstorbenen Vater im Mai des Jahres 1867 nach Schluß des konstituierenden Reichstages in die Werkstatt des Abg. Bebel in Leipzig gekommen sei und ihn zu seiner Jungferrede beglückwünscht habe, die derselbe damals gegen den norddeutschen Bund gehalten habe. Ich wiederhole, daß mein verstorbenen Vater nach seiner mir öfters gegebenen Versicherung den Abg. Bebel gar nicht persönlich gekannt und nie ein Wort mit demselben gewechselt hat. Während des ganzen Jahres 1867 hat derselbe überhaupt Leipzig nicht betreten.

Abg. Bebel: Ich halte die von mir gemachte Mitteilung voll und ganz anrecht. Im Mai 1867 führte ich die Freiherren v. Friesen in Begleitung eines zweiten Herrn, dessen Namen ich nicht kenne und nicht gekannt habe, bei mir in meiner Werkstätte in Leipzig ein und fragte nach dem Drechslermeister Bebel. Als ich mich als solchen vorstellte, sprach er seine Verwunderung darüber aus, daß ich es wäre und dann erklärte er, er habe mir eine Mittheilung zu machen, die sich auf meine Thätigkeit im Reichstage bezöge. Da sich in meiner engen Werkstatt mehrere Arbeiter befanden, die notwendig die Unterhaltung hätten hören können, so hat ich ihn, auf den Hof herauszutreten, und hier gab er mir die von mir angeführte Erklärung. Diese Thatsache hat auch Jahre lang in den Wahlkämpfen in Sachsen eine Rolle gespielt. Insbesondere haben die Nationalliberalen den Partikularisten und vor allem dem „Leipziger Tageblatt“ bei jeder Gelegenheit zehn Jahre lang diese Thatsache der konservativen Partei unter die Nase gerieben. Ich habe auch in Wahlversammlungen keinen Anstand genommen, öffentlich diese Erklärung zu wiederholen. Ich kann mich als Zeugen auf den Rechtsanwalt Otto von Freitag berufen, der aus dem Munde des Freiherren von Friesen diese Thatsache bestätigend gehört hat, mit dem er scherzweise von seinem „Freunde Bebel“ gesprochen haben soll. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus tritt nunmehr in die zweite Verathung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Arbeitererschutz) ein.

Referent Abg. Dize (3.): Ich kann die erfreuliche Mittheilung machen, daß der gesammte Gesetzesentwurf bei der Abstimmung über das ganze Gesetz mit allen gegen zwei Stimmen angenommen worden ist. Diese zwei dissentirenden Kommissionsmitglieder haben nicht etwa deshalb gegen die Vorlage gestimmt, weil sie die Tendenz desselben nicht billigten, sondern im Gegentheil, weil der Entwurf ihnen in vielen Punkten nicht weit genug geht und ihnen einige Bestimmungen bedenklich sind. Ich darf deshalb wohl sagen, daß kaum je ein Gesetzesentwurf von einer solchen Tragweite an dieses Haus in zweiter Lesung gelangt ist, der so von der Zustimmung fast aller Parteien, ja bezüglich seiner Richtung von der Zustimmung aller Parteien getragen ist, wie der vorliegende. Möge der Geist freudiger Mitarbeit, der sich in dieser Abstimmung in der Kommission kundgethan hat, auch das Plenum bei der zweiten Verathung leiten, dann wird das Gesetz hoffentlich zum Wohle des Vaterlandes gereichen. (Beifall.)

Die Vorlage wie die Kommissionsbeschlüsse erstreben eine vollständige Umarbeitung des Titels VII der Gewerbe-Ordnung, welcher die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter regelt. Die §§ 105 bis 106 behandeln die Frage der Sonntagsarbeit bezw. Sonntagsruhe.

§ 105: „Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbstständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Uebereinkunft“ (übereinstimmend mit § 105 der geltenden Gewerbe-Ordnung), wird ohne Debatte unverändert angenommen.

§ 105 a lautet nach dem Beschlusse der Kommission: „Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten. Arbeiter, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auch an Sonn- und Festtagen vorgezogen werden dürfen, fallen unter die vorstehende Bestimmung nicht. Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen unter Berücksichtigung der örtlichen und konfessionellen Verhältnisse die Landesregierungen.“

Abg. Dr. Orterer beantragt dagegen Namens des Zentrums folgende Fassung der ersten Sätze des § 105 a:

„Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten. Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbetriebs einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, fallen unter die bestehende Bestimmung nicht.“ (Der zweite Satz ist mit der bezüglichen Bestimmung der geltenden Gewerbe-Ordnung gleichlautend.)

Abg. Orterer befürwortet die Annahme seines Antrags, der die Sonntagsruhe möglichst allgemein durchzuführen bestimmt ist, und deshalb den Kreis derjenigen Arbeiten, zu welchen die Arbeiter auch an Sonn- und Festtagen verpflichtet werden dürfen, in Uebereinstimmung mit der geltenden Gewerbe-Ordnung nicht weiter erweitern will, als es die Natur der betreffenden Gewerbebetriebe erfordert.

Abg. v. Stumm tritt dem Antrage entgegen und empfiehlt das Festhalten an den Kommissionsbeschlüssen. Wollte man auf den Antrag Orterer eingehen, so würde es in das Belieben des einzelnen Arbeiters gestellt sein, zu entscheiden, ob etwa ein Nothstand vorliegt, um ihn zum Arbeiten zu verpflichten. In der Kommission haben auch die Zentrumsmitglieder für die Fassung der Kommission gestimmt.

Abg. Dr. Krause (Df.) tritt ebenfalls für die Kommission ein, deren Beschlüsse sich mit dem Entwurf der Regierung decken.

Abg. Hartmann (Df.) bekämpft auch seinerseits den Antrag Orterer und spricht sich für die Kommissionsvorläge aus.

Abg. Bebel: Der Referent erwähnte, daß bei der Endabstimmung in der Kommission zwei Stimmen gegen das Gesetz abgegeben wurden und daß auch diese sich nicht gegen die Tendenz des Gesetzes wandten, sondern nur gegen einzelne Bestimmungen desselben; diese beiden dissentirenden Kommissionsmitglieder waren die Mitglieder meiner Partei und hätte ich der Abstimmung angewohnt, so hätte auch ich gegen das Gesetz gestimmt. Es ist unrichtig, daß wir gegen die Tendenz des Gesetzes nicht eingewandten hätten. Wir erklärten uns gegen die Tendenz einzelner Theile des Gesetzes, welche den Arbeitern ungünstig sind, und wenn wir auch zugeben müssen, daß andere Theile des Gesetzes, namentlich dieser Abschnitt, den Arbeitern Vortheile gewährt, die sie bisher nicht besitzen, so müssen wir doch, falls die Kommissionsbeschlüsse nicht noch geändert werden, auch im Plenum die Vorlage ablehnen. — Der Antrag Orterer hat nun vor dem Kommissionsbeschlusse große Vorzüge; die Kommission hat durch ihre Beschlüsse einen Widerspruch gegen das Prinzip der Sonntagsruhe geschaffen, und nach der Lage der Verhältnisse in Deutschland werden so verschiedene Auffassungen und Auslegungen dieser Bestimmungen in Kraft treten, daß schließlich doch genauere gesetzliche Bestimmungen notwendig werden — da ist es denn schon besser, wir regeln die Sache gleich definitiv durch Annahme des Antrages Orterer. Die Auffassung, daß das Gesetz zu viel Macht in die Hände der Regierung legt, und daß man es so fassen muß, daß Jeder, der es lieft, genau den Umfang der einzelnen Bestimmungen erkennt, theile auch ich, und auch darum werde ich für den Antrag Orterer stimmen.

Bundesbevollmächtigter preussischer Handelsminister von Verleysch: Auch ich möchte an das hohe Haus das Ersuchen richten, den Antrag des Herrn Abg. Orterer anzunehmen und bei den Beschlüssen der Kommission stehen zu bleiben. Mit der prinzipiellen Motivierung, die dem Antrag beigelegt worden ist, sind ja die verbundenen Regierungen ebenso wohl wie die Parteien einverstanden, mit denen sie sich schon bei der Verathung in der Kommission im Ganzen in einer so erfreulichen Uebereinstimmung befunden haben. Daß der Sonntag unter allen Umständen vor der Arbeit geschützt sein soll, ist der Grund des ganzen Gesetzes; und die Differenzen, die in der Kommission vorgekommen sind, haben sich nur auf das Maß der Ausnahmen bezogen, die notwendig sind, damit die Industrie in ihrer Existenz nicht gefährdet werde. Wenn man aber anerkennt, daß eine Reihe von Ausnahmen unbedingt erforderlich ist, so scheint es mir unbillig und in hohem Grade bedenklich zu sein, dem Betriebsleiter oder Unternehmer die Möglichkeit zu benehmen, sich zu sichern, daß diese Arbeiten, die gesetzlich zulässig sind, auch am Sonntag ausgeführt werden. Er richtet notwendigerweise seinen Betrieb nach den Bestimmungen des Gesetzes ein; er richtet ihn so ein, daß die Arbeiten, die das Gesetz zuläßt, die notwendig sind, am Sonntag ausgeführt werden, und kann dem sich nicht wohl ausweichen, daß durch die Weigerung der Arbeiter, diese Arbeiten auszuführen, schließlich der ganze Betrieb in einen empfindlichen Stillstand versetzt wird. Diefem Uebelstand kann er sich nur dadurch entziehen, daß er einen Vertrag mit seinen Arbeitern dahin eingeht, daß diese im Gesetz am Sonntag erlaubten Arbeiten auch wirklich zur Ausführung kommen. Der Herr Antragsteller hat bemerkt, daß praktische Schwierigkeiten aus der bisherigen Fassung der Gewerbe-Ordnung nicht ergeben hätten. Wie schon bemerkt worden, ist dies sehr begreiflich; denn bisher war die Sonntagsarbeit eben ganz unbeschränkt zulässig. Heute ist sie prinzipiell und liberal verboten und es sind nur bestimmte Ausnahmen für dieselbe zugelassen. Infolge dessen würde eine Bestimmung, die das Verbot der Verpflichtung zur Sonntagsarbeit für erlaubte Sonntagsarbeit ausnimmt, eine andere Bedeutung nicht haben, als die Bestimmung im zweiten Absatz des § 105 der jetzigen Gewerbe-Ordnung hat. Ich bitte Sie also nochmals, bei dem Beschlusse der Kommission stehen zu bleiben.

Abg. Voetticher (nl.) vertheidigt ebenfalls die Kommissionsbeschlüsse und wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Bebel, soweit diese die Tendenz verfolgt haben, das Gesetz als ein überwiegend arbeitgeberfeindliches, die Arbeitgeberinteressen schädigendes darzustellen. Ein Gesetz, welches nach allgemeiner Uebereinstimmung so weit den Arbeitern entgegenkomme, könnten die Sozialdemokraten so weit den Arbeitern entgegenkommen, könnten die Sozialdemokraten nicht ablehnen, wenn sie nicht die Sicherheit hätten, daß es von einer Majorität dennoch angenommen würde. Eine absolute Durchführung der Nichtbeschäftigung der Arbeiter am Sonntage sei schiedlich unmöglich. Die Ausnahmen seien notwendig. Im Prinzip sei man allseitig damit einverstanden gewesen, die Sonntagsruhe so weit wie möglich durchzuführen. Der prinzipielle Einwand des Abg. Orterer, daß der neu einzuführende Zustand hinter das bisher Geltende zurückgehe, sei unberechtigt.

Abg. Orterer: Ich anerkenne voll und ganz, daß dem Arbeiter auch die Rücksicht auf die Interessen des Arbeitgebers gegenübersteht; allein daran muß doch festgehalten werden, daß das in der göttlichen Ordnung begründete Recht der Sonntagsruhe dem Arbeiter nur in den allerdringendsten Nothfällen entzogen werden darf. In Bayern, Württemberg und anderen deutschen Ländern sind viel weitergehende Einschränkungen der Sonntagsarbeit vorgezogen, und die Sonntagsruhe stand durchweg an der Spitze der betreffenden Verordnungen. Allerdings trat dort mehr der Zweck der Heiligung des Sonntags in den Vordergrund, aber doch nicht ausschließlich. Die jetzige Fassung der Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen kann ich nicht lediglich als eine präzisere Fassung der geltenden Bestimmungen ansehen; die durch die Kommissionsbeschlüsse statuirten Ausnahmen und die in dieser Beziehung den Behörden gegebenen Befugnisse gehen unendlich viel weiter, als das gegenwärtig der Fall ist. Vom Standpunkt der Wahrung der Gewissensfreiheit der Arbeiter können wir dieser Verpflichtung der Arbeiter zur Sonntagsarbeit nicht zustimmen. Ich kann einem Gesetze, welches die Ueberschrift „Arbeiterchutz“ trägt, nicht zustimmen, einen Punkte, der offenbar einen Rückschritt gegen das bisher Erreichte und in Geltung Befestigte bedeutet. Würden Sie unserem Antrage zustimmen, so würden Sie eine wirkliche Verbesserung der Vorlage beschließen.

Abg. Gutfleisch: Die praktische Bedeutung der hier vorliegenden Frage ist viel geringer, als die der darüber hier gehaltenen Reden. Die Kommissionsfassung, obgleich auch nicht gerade die beste Lösung des Streitpunktes, ist jedenfalls besser, als der Antrag Orterer; letzterer würde zu den zwei Kategorien von Arbeiten, die am Sonntage verboten seien, noch eine dritte Kategorie fügen von Arbeiten, welche am Sonntage erlaubt sind, zu denen aber die Arbeiter nicht verpflichtet werden können. Diese Schwierigkeit ist unerwünscht und unnötig; wir werden deshalb für die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. Bebel: Herr Orterer bemerkte ich, daß ich das, was ich hier in Bezug auf die Vorlage sage, auch den Arbeitern gegenüber vertreten kann. Wir sollen illegale Agitation treiben. Das würde uns schlecht bekommen, denn da ihnen Kirche, Schule, Staat u. s. w. zur Verfügung stehen, so würden die Folgen jeder illegalen Agitation für uns zum Schaden ausfallen. Herr Orterer konnte dem Arbeiter, der ihm einen Vorwurf daraus machte, daß er gegen das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz gestimmt habe, entgegen, daß auch meine Fraktion

dagegen gestimmt habe; dann wäre der Arbeiter so mundtot gemacht wie nur möglich. Sie müssen uns nicht für ganz einzelne Auslassungen von Parteigenossen im Lande verantwortlich machen, ebenso wenig, wie wir Sie für jede Aeußerung der Parteigenossen verantwortlich machen können. Wenn wir hier im Stande wären, das Gesetz zu Falle zu bringen, so würde das eben nicht schaden. Hätten wir die Majorität, so würde ein viel besseres Gesetz zu Stande kommen. Die ganze Kommissionsvorlage ist ja überhaupt nur zu Stande gekommen durch ein Kompromiß des Zentrums mit den Konservativen. Wir freilich geben auf gar kein Kompromiß ein, wir sind etwas unbescheidener und wir wollen noch viel bessere Einrichtungen für die Arbeiter, als durch die Kommissionsberatung entstanden sind. Ich muß mich darüber wundern, daß Herr v. Verleysch die Kommissionsvorlage dem ursprünglichen Regierungsentwurf gegenüber, welcher sich mit dem Antrag Orterer deckt, vertheidigt. Die Kommission hat den Gesetzesentwurf in Bezug auf die Vollmacht der Behörden so gut wie neu geregelt, und aus diesem Gesichtspunkte bin ich davon überzeugt, daß der Minister für die Kommission eintritt und die Regierungsvorlage für unannehmbar erklärt. Herr Stumm hat, bei seinen Ausführungen doch noch Hintergedanken, die er durch seine Argumentation verdecken will. Ich habe auch nicht gesagt, daß ich gegen das Gesetz bin, weil es in der Tendenz richtig ist, und nur geringe Nachtheile bringt, sondern weil, trotzdem an einzelnen Punkten große Vortheile für die Arbeiter darin enthalten sind, in anderen Punkten die Nachtheile so groß sind, daß durch dieselben die Vortheile überwogen werden.

Abgeordneter Krause tritt nochmals für die Kommissionsfassung ein.

Minister v. Verleysch: Meine Herren, ich habe nur auf einen Irrthum aufmerksam zu machen, der den Ausführungen des Herrn Abg. Bebel zu Grunde gelegen hat. Der Antrag des Herrn Abg. Dr. Orterer ist nicht identisch mit dem Antrage der Regierungsvorlage, sondern er ist identisch mit dem bisher bestehenden Recht der Gewerbe-Ordnung. Dagegen ist der Antrag der Kommission identisch mit dem Antrage der Regierungsvorlage; und daraus erklärt es sich wohl zur Genüge, wenn ich für diesen Antrag eingetreten bin.

Abg. v. Stumm weist darauf hin, daß gerade seine Bemerkungen stets darauf gerichtet gewesen seien, den gesetzlichen Schutz der Sonntagsruhe herbeizuführen, und daß Vorkämpfe in der entgegengekehrten Richtung unredlicher Weise gegen ihn erhoben wurden.

Abg. Voetticher: Im Falle der Annahme des Antrages Orterer würde ein ganz neues System notwendig sein für die folgenden Bestimmungen des Gesetzes, die in ihrer vorliegenden Fassung mit dem neuen § 5 a absolut nicht mehr harmoniren würden. Was ich über die Taktik der Sozialdemokraten gesagt habe, hat natürlich keinen Vorwurf illegaler Handlungsweise enthalten sollen. Wenn die Herren auf Kompromisse nicht eingehen wollen, werden sie niemals ein Gesetz für den Arbeiterschutz zu Stande bringen. Aber die Sozialdemokraten müssen eben behaupten, daß Gesetz entspreche nicht den berechtigten Anforderungen der Arbeiter; sie können nicht dafür stimmen, weil sie die Unzufriedenheit unter den Arbeitern erhalten und nähren müssen (Widerspruch bei den Sozialdemokraten); das ist ja ganz natürlich; Ihre ganze Partei basirt ja auf der Unzufriedenheit (Gelächter links); darin unterscheiden wir uns von Ihnen.

Abg. Bebel: Wenn wir aus Partei-Interesse handeln, so thun wir dasselbe, wie jede andere Partei. Ob das Interesse der Arbeiter dabei wahrgenommen wird, darüber werden die deutschen Arbeiter selbst entscheiden; wir setzen deren Urtheil mit größter Ruhe und Kaltblütigkeit entgegen. Wenn wir wirklich nur von der Unzufriedenheit lebten, wäre es schlimm mit der Existenz der sozialdemokratischen Partei bestellt, wenn sie von einem solchen Gesetz abhinge. Wir haben außerdem noch ungeheurer viele Wünsche (Heiterkeit), mit denen wir die Unzufriedenheit der Arbeiter erhalten können. An Mitteln und Stoff zur Unzufriedenheit lassen Sie es nicht fehlen. Sie können ja mal die Probe machen, nehmen Sie nur unsere Anträge an. Bei jedem unserer Anträge will ich beweisen, daß ähnliche Bestimmungen in anderen Staaten, selbst in Oesterreich, bestehen. Die Arbeiter würden uns steinigen, wenn wir allen diesen Beschlüssen der Kommission zustimmten. Herr von Stumm ist allerdings für die Sonntagsruhe eingetreten, aber nicht in dem Maße, wie wir es für nöthig halten. Wenn wir einmal einen Antrag von ihm über die Sonntagsruhe nicht zugestimmt haben, so kann ich mir aus dem Gedächtnis augenblicklich nicht klar machen, um welchen Antrag es sich handelt. Jedenfalls war der Antrag so, daß wir nicht dafür stimmen konnten.

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt

Abg. v. Stumm: Die Sozialdemokraten haben, soweit sie damals hier waren, für jenen Antrag gestimmt, aber sie haben nicht dabei im Stich gelassen, denn sie kamen zum größten Theil erst nach der Abstimmung.

Darauf wird der § 105 a unter Ablehnung des Antrages Orterer in der Kommissionsfassung angenommen.

Es wird darauf der erste Absatz des § 105 b zur Debatte gestellt, welcher bestimmt: „Im Betrieb von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Bräuen und Eruben, von Hüttenwerken, Fabriken und Werkstätten, von Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, von Werften und Ziegeleien, sowie bei Bauten aller Art dürfen Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe hat für jeden Sonn- und Festtag mindestens 24, für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage 36, für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest 48 Stunden zu dauern. Die Ruhezeit ist von 12 Uhr Nachts an zu rechnen, in Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht, sofern für sie Ausnahmen von den Bestimmungen dieses Paragraphen zulässig sind oder der Bundesrath es sonst für ein unabwiesliches Bedürfnis erachtet, frühestens von 6 Uhr Abends des vorhergehenden Werktages, spätestens von 6 Uhr Morgens des Sonn- und Festtages und muß bei zwei aufeinanderfolgenden Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr Abends des zweiten Tages dauern.“

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Kuer und Genossen beantragen, statt 24 und 48 Stunden Ruhezeit 36 und 60 zu setzen und die Ruhezeit am vorangehenden Werktag spätestens um 6 Uhr zu beginnen zu lassen. Die Volkspartei (Abg. Bahle und Gen.) wollen statt 24 Stunden 30 gewähren.

Abg. v. Münch (Demokrat) beantragt, statt 24 u. 48 Stunden 32 und 56 zu setzen und die Ruhezeit spätestens um 12 Uhr Nachts zu beginnen und frühestens um 4 Uhr Morgens des darauffolgenden Werktages endigen zu lassen.

Die Abg. Gutfleisch, Hartmann, Leloch, v. Stumm wollen in der Kommissionsfassung die auf die Betriebe mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht bezüglichen Vorschriften durch folgende Bestimmungen ersetzen:

„In Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht kann die Ruhezeit frühestens um 6 Uhr Abends des vorhergehenden Werktages, spätestens um 6 Uhr Morgens des Sonn- und Festtages beginnen, wenn für die auf den Beginn der Ruhezeit folgenden 24 Stunden der Betrieb ruht.“

Abg. Polymann (nl.) beantragt, in dem letzteren Antrag

die Schlusssätze „wenn der Betrieb ruht“ zu streichen, und begründet diesen Antrag ausführlich mit dem Hinweis, daß es darauf ankomme, hier nicht durch eine Hinterlist ein ganz neues Prinzip in die Gewerbeordnung einzuführen, nämlich daß der Betrieb 24 Stunden lang ruhen soll, während es doch nur auf die 24 stündige Ruhe der beschäftigten Arbeiter ankomme. Ein Beschluß auf der Grundlage des Antrages würde eine Reihe der wichtigsten Exportindustrien, namentlich solche, welche mit Wasserkraft arbeiten, speziell die Holzstoff-Fabriken, die Sägemühlen und so weiter, schwer schädigen. Auch für die Arbeiter würde diese Bestimmung schädlich sein; denn sie bedingt den Ausfall einer Arbeiterschicht alle vierzehn Tage, und diese Schicht wird auch nicht bezahlt, was im Jahre einem Lohnausfall von 60 Mark gleichkommen würde. Die Steigerung des Lohnes dürfte schwerlich diesen Ausfall ausgleichen, jedenfalls nicht in der augenblicklichen Lage der Industrie. Wir denken ja nicht daran, die 24 stündige Ruhe des Arbeiters irgend- wie anzugreifen; aber gehen Sie nicht zu weit in dem, was Sie verlangen. Mit den 24 Stunden Ruhe ist der Zweck der ursprünglichen Vorlage erreicht. Die Ausdehnung dieser Vorchrift im Sinne des Antrags Gutfleisch würde den genannten Industrien erhöhte Produktionskosten auferlegen und hauptsächlich die deutsche Holzstoff-Fabrikation ruinieren, die schon gegenwärtig den Verweilungsstempel um ihre Existenz kämpft. Die Papierfabrikation würde von denselben Nachteilen getroffen werden, hat sich auch ihrerseits der schwedischen Konkurrenz kaum noch erwehren können.

Abg. Freiherr v. Münch: Die Parteien auf der linken Seite sind sich sehr wohl bewußt, daß die Durchführung dieses Gesetzes für die Unternehmer einen Verlust an Zinsen ihres Betriebskapitals nach sich ziehen wird. Von den Zinsen des Kapitals sieht denn auch in den kaiserlichen Erlässen des vorigen Jahres kein Wort. Anders ist es mit der Frage der Konkurrenzfähigkeit, deren Erhaltung die kaiserlichen Erlasse besonders betonen. Aber wir glauben auch, daß die Konkurrenzfähigkeit der Industrie durch die Vorlage nicht geschädigt werden wird; heutzutage trifft das Kriterium „billig oder schlecht“ auf die deutsche Industrie nicht mehr zu. Mein Antrag bezweckt eine für den Arbeiter bessere Eintheilung der Tageszeit, um ihm den vollständigen Genuß der ganzen Pause zwischen der Arbeit zu gewähren; zu den 24 Stunden Ruhe müssen noch weitere acht dem Schlaf zu widmenen Stunden treten.

Abg. Bebel: Nach mehr als zwei Jahrzehnte langen Bemühungen scheint endlich eine gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe eintreten zu sollen. Die für die Sonntagsruhe vorgeschlagene Zeit ist indes zu kurz bemessen. Wenn in dem Gesetze auch Bestimmungen über die Maximalarbeitszeit und das Verbot der Nacharbeit für Fabriken ohne kontinuierlichen Betrieb getroffen werden könnten, so könnten wir von Anträgen auf Erweiterung der Sonntagsruhe absehen; hierzu werden aber weder die verbandlichen Regierungen noch die Mehrheit des Reichstags bereit sein. Deswegen müssen wir darauf sehen, daß der Arbeiter einen vollen Tag frei hat, an dem er nicht nur ausruhen, sondern sich als Mensch fühlen, mit seiner Familie sich freuen, die Natur genießen kann u. dergl. Die Kommission schlägt eine Sonntagsruhe von mindestens 24 Stunden vor. Danach wird die Arbeit entweder Sonnabend Abends 6 Uhr abgebrochen und Sonntag Abends 6 Uhr aufgenommen oder Sonntag Morgens 6 Uhr abgebrochen und Montag Morgens 6 Uhr aufgenommen werden können. In dem einen wie in dem anderen Falle wird der Arbeiter um einen großen Theil des Sonntags gebracht.

Der Arbeiter, der um 6 Uhr Abends zur Arbeit gehen soll, wird schon um 6 oder, wenn er einen weiten Weg zur Arbeitsstätte hat, gar um 4 Uhr sich in die Alltagskleider werfen müssen, und nur Gefühle der Verbitterung und des Jornes und der größten Unzufriedenheit kann es in ihm erwecken, wenn er zur Fabrik muß zu einer Zeit, wo er für so viele Andere den Sonntagsgenuß erst beginnen sieht. Wird er aber erst Sonntag früh um 6 Uhr entlassen, so wird er einen großen Theil des freien Tages mit Schlafen zubringen haben, und also auch bei dieser Einrichtung wird ihm ein großer Theil des Tages geraubt. Ebenso genügt es nicht, daß, wenn zwei Feiertage hintereinander fallen, 48, und nur an Weihnachten, Oftern und Pfingsten 48 Stunden lang die Arbeit ausgefällt werde. Die besser Situirten und die ganze Beamtenwelt sind in der Lage, aus Wochen und Monate in Urlaub zu gehen. Der Arbeiter ist das ganze Jahr von früh bis spät an das Bergwerk oder die Fabrik gefesselt. Wenn er einmal feiert, so ist es unter den widrigen Verhältnissen, wo er keinen Verdienst hat und die zwangsweise ertheilte Ruhe ihm verflümmert ist. Wir verlangen, daß, wenn er einmal in die Lage kommt, zu ruhen, ihm eine längere Zeit gegeben ist, um einen Besuch bei einem Freunde oder einem Verwandten zu machen; wir wünschen deshalb die Feiertage von 36 bzw. 48 Stunden auf 60 Stunden erweitert. Die Sonntagsruhe aber muß sich auf 30 Stunden erstrecken, von Sonnabend 6 Uhr Abends bis Montag 6 Uhr Morgens, damit der Arbeiter beide Nächte vor und nach dem Sonntag der Ruhe widmen und Montag mit frischen Kräften an die Arbeit gehen kann. Die Behauptung, daß 24 Stunden für die große Mehrzahl der Betriebe genügen, weil ja nicht regelmäßig Nacht- und Tagbetrieb stattfindet, ist unzutreffend. In der Sonntagsarbeits-Enquête von 1885 haben die Unternehmer selbst erklärt, es sei zu befürchten, daß, wenn die Sonntagsarbeit ausgeschlossen wird, die Nacharbeit an die Stelle tritt. Auf diesem Wege würde die wohlthätige Wirkung des Verbotes paralysirt werden. Besonders in kleinen Gewerben und auch in Industrien, wo bisher theilweise am Sonntag gearbeitet wird, wird nach Erlass des Verbotes der Sonntagsarbeit die Nacht von Sonnabend zu Sonntag zu Hülfe genommen werden. Das will unser Antrag auf Ruhe von 36 Stunden verhindern. Die deutsche Industrie kann derartige Einrichtungen sehr wohl ertragen. Herr Holzmann hat von dem Unternehmer-Standpunkt allerdings vorzüglich dargelegt, wie dadurch manche Zweige der deutschen Industrie auf das Schwere geschädigt werden. Für ihn ist freilich nicht der Arbeiter vorhanden, sondern nur das heimische Kapital. Das Kapital ist ihm das erste, das Kapital ihm das zweite, dann kommt der Kapitalist als Inhaber des Kapitals, und dann zu allerletzt kommt der Arbeiter. Herr Holzmann hat ausgeführt, daß durch derartige Beschränkungen der Arbeitszeit mit Nothwendigkeit ein Ausfall an Lohn verbunden sei. Die Ausführungen deuten sich fast wörtlich mit den 1885 von dem Fürsten Bismarck gegen die Anträge auf Sonntagsruhe gemachten. Ueberall vielmehr, wo die Arbeitszeit, durch Maximalarbeits-Bestimmungen, Verbot von Sonntag- oder Nacharbeit oder dergl. verkürzt worden, ist der Lohn gestiegen. Herr Holzmann wird mir kein Beispiel von dem Gegentheil nennen können. Wo die Arbeitszeit lang ist, ist der Lohn niedrig, und wo die Arbeitszeit kurz ist, ist der Lohn hoch. Das ist auch leicht erklärlich, denn durch die längere Arbeitszeit wird die Leistungsfähigkeit der Arbeiter erhöht. Wird die Arbeitszeit verkürzt, so werden neue Betriebe errichtet, es ist eine größere Nachfrage nach Arbeitern, und die Löhne steigen. Nehulich wie es heute von Herrn Holzmann geschehen, wurde auch im englischen Parlament in den 60er Jahren die Reduktion der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß die Unternehmer unrettbar dem Ruin verfallen seien. Das englische Parlament hat die betreffende Bill angenommen und eine Schädigung der Industrie ist nicht eingetreten. Herr Holzmann glaubt wohl selbst nicht daran, daß im Falle einer Verkürzung der Arbeitszeit ein gewisses Quantum von Holz nicht zur Papierfabrikation gelangen wird. Wenn Nachfrage da ist, wird man sich schon zu helfen wissen und einen Profit heraus schlagen. (Abg. Holzmann: Export!) Andere Länder haben einen weitergehenden Arbeiterschutz, als wir ihn nach diesem Entwurf haben werden. Ich erinnere an England und die Vereinigten Staaten und in gewisser Beziehung auch in Oesterreich. Ich glaube also, daß Sie mit den Kommissionsbestimmungen nach keiner Seite die deutschen

Arbeiter befriedigen werden. Sie werden vielfach sogar die Lage der Arbeiter verschlechtern, und in kurzer Zeit werden die Arbeiter weiteren Schutz und weitergehende Bestimmungen über die Sonntagsarbeit verlangen. Sie sollten schon im Voraus diesen Wünschen entgegenkommen und unsere Anträge annehmen, welche ohne Schädigung des Kapitals denselben Schutz gewähren, den die vorliegenden Bestimmungen nur zum Schein und nur zum Theil gewähren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bayer (Volksp.): Ich bin nicht der Meinung, daß es die Absicht dieser geplanten Gesetzgebung ist, daß das Unternehmerkapital einen Jinsverlust erfahren soll; es wird das aber eine unabwiesliche Folge derselben sein. Herr Holzmann hat zu viel und daher nicht bewiesen. Wenn die kleineren Unternehmer es sich gefallen lassen müssen, daß ihnen diese Beschränkung auferlegt wird, so darf für die größeren, die mit Tag- und Nachtschicht arbeiten, doch keine Ausnahme gemacht werden. Bei Herabsetzung der Getreidezölle ist die deutsche Landwirtschaft dem Verfall geweiht. Dasselbe Lied singen jetzt die Herolde der Eisenindustrie, die ja jede Woche eine Versammlung abhalten. Wenn jetzt Herr Holzmann für zahlreiche andere Industrien ebenfalls prophezeit, daß sie demnächst in den letzten Tagen liegen werden, so muß man wohl etwas Mißtrauen gegen solche Klage- lieder zu hegen beginnen. Es wird sich sehr bald zeigen, daß Herr Holzmann zu schwarz gesehen und zu schwarz gemalt hat. Eine ganze Reihe von Establishments wird es mit der größten Freude begrüßen, daß endlich einmal mit gleichem Maße gemessen wird, keinem mehr die Möglichkeit gelassen wird, dem anderen eine illoyale Konkurrenz zu machen. Unser Antrag bezieht sich natürlich nicht auf die Betriebe mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht. Unser Antrag ist der Beschluß der Kommission in erster Lesung, welcher mit 15 gegen 10 Stimmen gefaßt wurde. In vielen Fabriken wird, was wir anstreben, dadurch erreicht, daß der Betrieb am Kalendersonntag ruht. Um ihm aber in jedem Falle einen wirklichen Ruhetag zu sichern, verlangen wir die Dauer von dreißig Stunden; denn es ist keine Sonntagsruhe, die erst mit dem Opfer einer Nacht oder zweier halben Nächte erkauft werden muß. Wer bis Sonntag Nachts 12 Uhr in Dienst war, soll erst Montag früh 6 Uhr wieder zum Dienst gerufen werden können. Das muß gesetzlich ausgesprochen werden, man darf sich da nicht auf den guten Willen der Arbeitgeber verlassen. 30 Stunden halten wir für nicht erreichbar und für einen ohne Uebergang vermittelten Fortschritt gegen den bisherigen Zustand. Man verusche erst einmal, ob die 30 Stunden durchaus ungenügend sind, dann wird es sich eher durchsetzen lassen, die Ruhezeit auf 36 Stunden, wie die Sozialdemokraten wollen, zu verlängern.

Abg. Hartmann: Es hat in der Kommission sehr große Schwierigkeiten gemacht, bis sich eine Mehrheit auf die jenseitigen Vorschläge vereinigte. Wir sollten uns deshalb hätten, davon abzugehen. Ich bitte also Anträge abzulehnen, welche eine größere Stundenzahl anstreben. Den Antrag Holzmann kann ich nicht zur Annahme empfehlen, so schwer es mir wird; ich thue es, befehlt durch die inzwischen stattgefundenen Erweiterungen darüber, daß der Antrag entbehrlich ist; nicht aus den Gründen des Herrn Bebel stimme ich dagegen. Wir sind nicht für die Arbeiter allein da, wir haben auch die Interessen der Industrie ebenso zu vertreten. Die allgemeinen Ausführungen Holzmanns gegen den Antrag Gutfleisch könnten aber gegen das ganze Sonntagsruhe-Gesetz verwendet werden; er ist da in seinem Eifer zu weit gegangen. Er übersieht daher wohl die Tragweite der Ausnahmeverordnungen, ohne welche der ganze § 105 b gar nicht völlig verstanden werden kann. Unser Antrag soll ein Vermittelungsvorschlag sein, der auch Herrn Holzmann ein Kon- jession macht.

Abg. Stroh (fr.) tritt im Interesse der Rücksicht auf den sozialen Frieden für den Antrag der Volkspartei ein. Herr Holzmann scheint ganz vergessen zu haben, was Herr Wittcher, sein Parteigenosse, eine Stunde vorher erst ausgeführt habe, daß es sich hier um ein Vorseh handle, das den Standpunkt des Arbeiterschutzes vertritt.

Abg. v. Stumm empfiehlt den Antrag Gutfleisch. Gleich dem Abg. Hartmann stehe er dem Antrage Holzmann sehr nahe, halte ihn aber für überflüssig, da für diese Betriebe mit Tag- und Nachtschicht der Bundesrath nach § 105b ohnehin Ausnahmen zulassen kann. Redner spricht sich gegen alle übrigen Anträge aus; die Ausdehnung der Sonntagsruhe auf 36 oder auf 30 Stunden sei vollständig unausführbar.

Abg. v. Metten befragt den Kommissionsbeschlus auf der Erwägung, daß die Lohnreduktion, welche nach der Einführung einer absoluten Sonntagsruhe für den Arbeiter ein- treten werde, so fühlbar sein werde, daß man in dieser Beziehung nicht zu weit gehen dürfe. Den Anträgen, welche dem geschlossenen Kompromiß entgegenstünden, könne er nicht zustimmen; nur den Antrag Gutfleisch, der ein Antrag derselben Kompromiß- parteien sei, bitte er anzunehmen.

Abg. Leuschner (N. P.) befreit, daß die Anträge auf Aus- dehnung der Ruhezeit im Interesse der Arbeiter lägen. Der Arbeiter will verdienen; wenn die Ruhepause verlängert wird, wird der Verdienst gekürzt; das ist Ihre Arbeiterschuldigkeit! Auch die großen langen Feiertage dienen nicht dazu, das Wohl des Arbeiters in jantärer Beziehung zu fördern.

Abg. Schmidt (Sachsen): Unsere Anträge haben wir auf Wunsch der vielen in Fabriken beschäftigten Arbeiter gestellt, welche wesentlich auf eine vollständige Sonntagsruhe dringen. Der regelmäßige Schichtwechsel genügt dazu nicht, denn die Arbeiter sind nach Ende der Nachtschicht genöthigt, noch die Ma- schinen zu reinigen, was sie bis zum frühen Morgen in Anspruch nimmt, so daß ihre Sonntagsruhe um diese Zeit gekürzt wird. Jeder, der nicht die Gewohnheit hat, auf Kosten Anderer den Hochberzigen zu spielen, muß eine Erhöhung des Arbeitslohnes wünschen. Die Papier- und Holzindustrie hat, wie aus den betreffenden Petitionen hervorgeht, den Konkurrenz- kampf bisher fleißig bestanden, und die Chemnitz- Papierfabrik hat im letzten Jahre eine Dividende von 6 bis 8 pCt. bezahlt, während die Arbeiter- löhne hier pro Stunde nur 12—15 Pf. betragen. Durch die Sonntagsruhe können diese Arbeiter nicht schlechter gestellt werden, denn sie verdienen bisher schon kaum den Unterhalt. Wollen Sie also im Interesse der Arbeiter wie der Arbeitgeber handeln, so nehmen Sie unsere Anträge an. Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Auer wird gegen die Stimmen der Sozial- demokraten, der Antrag v. Münch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Antragstellers, der Antrag Hänel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei, einiger freisinnigen und eines Theils der Zentrumspartei, der Antrag Holzmann gegen die Stimmen der meisten Nationalliberalen abgelehnt; der Antrag Gutfleisch mit großer Majorität und mit diesem der § 105 b Abfag 1 angenommen.

Am 5/8 Uhr wird die Fortsetzung der Berathung auf Freitag 1 Uhr verlegt.

Communales.

Stadterordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 12. Februar.

Der Vorsteher, Stadt. Dr. Stroh, eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen. Einige in Arbeiterversammlungen angenommene und der Versammlung überreichte Resolutionen sprechen der Majorität der Versammlung und dem Magistrat das Recht ab, sich Vertreter des arbeitenden Volkes zu nennen. (Beifall.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist ein Bericht des Petitionsausschusses über eine Petition, welche von der Massenversammlung arbeitsloser Arbeiter und Arbeiterinnen in

der Buchraverrei am 28. Januar d. J. beschloffen worden ist. Die Petenten beantragen wegen des herrschenden Nothstandes einen Erlass der Miethsteuer bei Miethen bis zu 300 Mark mindestens für die ersten drei Monate des laufenden Jahres.

Der Petitionsausschuss, an den die Angelegenheit zur Vorberathung überwiesen worden ist, schlägt der Stadtverordneten-Versammlung vor, die Petition als ungeeignet zur Erörterung in Plenum zu erklären, weil die Einsender derselben — den Instanzenzug nicht erschöpft, d. h. sich nicht zuerst an den Magistrat gewendet hätten. Auf diese Weise will man nicht nur die Petition selbst beseitigen, sondern auch jede öffentliche Diskussion derselben unmöglich machen.

Berichterstatter des Ausschusses ist der Stadt. H. H. Der Petitionsausschuss habe ihm verboten, die Petition zu verlesen, weil sie mit Wuth und wilden Invektiven gegen die Gemeindebehörden gepfeift sei, die den Verfasser in enge Berührung mit dem Strafrichter bringen würden, wenn die Gemeindebehörden es nicht unter ihrer Würde hielten, sich mit ihm zu beschaffen. Bedauerlicher Weise gehörte zu dem Veranlassern der Petition auch ein Mitglied dieser Versammlung. (Dort! dort! Hui!) Es sei schwer erklärlich, wie ein solcher Mann seinen Namen unter ein Schriftstück setzen konnte, das seines Gleichen in den Archiven der Stadt nicht habe. Es sei schwer begrifflich, wie er dies mit seinem Geblüh, den Interessen der Stadt zu dienen, ja auch nur mit dem einfachsten Anstandsgefühl habe in Einklang bringen können. Jedenfalls wird der betreffende Herr aus dem Verhalten der Gemeindebehörden gegenüber solchen ungeheuerlichen Injurien entnehmen können, welcher Grad der Verächtlichkeit ihm in diesen Plänen entgegengebracht wird. (Bravo!) Was die Petition anbelangt, so hat der Ausschuss aus formellen Gründen, welche in der vorliegenden Sitzung bereits auseinandergesetzt worden sind, Ihn die Abweisung der Petition als ungeeignet zur Erörterung in Plenum, weil der Instanzenzug nicht erschöpft sei, empfohlen. In der Erwartung, daß aber hiergegen Widerspruch erhoben werden würde, ist der Ausschuss in eine materielle Prüfung der Petition eingegangen und zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen den Uebergang zur Tagesordnung über sie zu empfehlen. Zunächst würde, wenn wir die Miethsteuer für Miethen bis zu 300 M. in diesem Quartal nicht erheben wollten, die Aufsichtsbehörde widersprechen. Sie hat uns die Festschreibung der Miethsteuer für das Etatsjahr genehmigt, aber nicht Abänderungen im Laufe des Etatsjahres. Außerdem ist von ihnen das gewichtigste Moment der Petition bereits in der vorliegenden Sitzung nicht anerkannt worden. Der Nothstand ist von uns vollständig negirt und alle derartigen Behauptungen zurückgewiesen worden. In außergewöhnlichen Maßnahmen ist kein Grund vorhanden. Zudem würden sie schon daran in diesem Falle scheitern, weil der größte Theil der Miethsteuer für dieses Quartal bereits erhoben ist. Zudem handhabt die Steuerbehörde die Ueber- schlagung dieser Steuer im Falle wirklicher Noth mit größter Liberalität. Ihre Akten bieten dafür reichhaltiges Material. Wir können um so eher über die Petition zur Tagesordnung übergehen, als, wie ich Ihnen mittheilen kann, der Magistrat bei der Aufstellung des nächsten Etats folgende Reduktion der Miethsteuer beschloffen hat: 1. Bei Wohnungen bis zu 200 Mark wird keine Miethsteuer erhoben. 2. Bei Wohnungen bis zu 400 M. sollen 2 pCt. und 3. bei Wohnungen bis zu 600 M. 3 pCt. erhoben werden. Von der Gemeindeverwaltung geschieht eben alles, um der ärmeren Bevölkerung Erleichterungen zu gewähren. Gegenüber den durch die Ernährung und durch Gott weiß welche Agitationen zusammengetriebenen arbeitslosen Versammlungen kann die Gemeinde erklären, daß sie bestrebt ist, das materielle und geistige Wohl der Miethbürger zu fördern. (Bravo!)

Stadt. Vogtberg: Auch diesmal hat der Referent über eine Petition der Arbeitslosen mit besonderem Nachdruck auf Sprache und Ton der Petition aufmerksam gemacht. Auch wir müssen es missbilligen, wenn in dieser Petition eine über Gebühr scharfe und beleidigende Sprache geführt wird. (Lachen.) Sie haben keinen Grund, an der Aufrichtigkeit dieser Versicherung zu zweifeln. Wenn aber eine Versammlung von Arbeitslosen sich an die Versammlung wendet, sollte man an ihre Sprache nicht einen besonders genauen Maßstab legen. Schließlich ist es doch die Noth, die bis auf die Spitze getriebenen erbärmlichen Verhältnisse, die ihnen diesen Schrei auspressen. (Widerpruch.) Der Herr Berichterstatter hat dann weiter einen überaus schweren Vorwurf gegen einen Kollegen in einer Art und Weise erhoben, die bisher in diesem Hause nicht gebräuchlich war. (Zwischenruhe.) Und er ist jeden Beweis für seine schweren Anschuldigungen schuldig geblieben. Ja, seine Anschuldigungen gegen Kollegen Jubel, denn um ihn handelt es sich, stehen mit der Wahrheit in direktem Widerspruch. (Hui!) Sie rufen Hui! Das ist ein Zeichen von der Stimmung, die hier im Hause herrscht. Allerdings hat diese Versammlung unter Führung des Oberbürgermeisters behauptet, daß ein Nothstand nicht existirt. Aber diese Behauptung beweist eben so wenig etwas, wie die Behauptung des Herrn Referenten. Andere Gemeindebehörden haben einen Nothstand anerkannt, und auch Ihnen sollte die Petition ein Zeichen dafür sein, wie außerordentlich drückend die Miethsteuer empfunden wird. (Unruhe.) In jener Versammlung der Arbeitslosen wirkte Jubel nur als Hieserant mit; dagegen war er an der Abfassung der Resolution und Petition durchaus nicht theilhaftig. Die Versammlung sollte ein Protest sein gegen die wenig rücksichtsvolle Weise, in der hier die erste Petition der Arbeitslosen behandelt wurde. Falsch ist es, wenn der Bericht- erstatter sagt, die Alarmtrommel sei geschlagen, die Arbeitslosen singt und die Versammlung nur zu agitatorischen Zwecken berufen gewesen. (Rufe: Sehr richtig!) Die Agitatoren, die Häher- kreden dahinter. (Sehr richtig! Sehr richtig!) Das zeigt, daß Sie über die Sache wieder einmal urtheilen, ohne sie zu verstehen. (Unruhe.) Wenn Sie in allen solchen Fällen durch eine von Be- leidigungen strotzende Berichterstattung und durch ein süßes und hohles Lächeln fertig zu werden hoffen, so haben Sie Ihren Lohn dahin!

Stadt. Cassel findet, daß die Sprache des Glends nicht beleidigend, sondern bittend zu sein pflegt. Die Sprache, die in der Petition angeschlagen werde, beweise aber, daß man gar nicht den Gegenstand der Bitte erreichen, sondern nur heben wolle. Auch habe der Stadt. Tugauer in der Petitions- kommission selber sein Bedauern über die Sprache der Petition und seine Verwunderung über die Mitwirkung des Stadt- Jubel dabei ausgesprochen. Der Ton, den die Sozialdemokraten hier anschlagen, findet sein verflüchtetes Echo draußen. Die un- besangene Bürgerschaft wird finden, daß wir ihr Wohl fördern, daß die andere Seite aber nur die Verbeugung im Auge hat. (Stadt. Klein ruft: Antwort bei den nächsten Reichstagswochen!)

Stadt. H. H.: Ich muß dem Vorwurf des Herrn Vogtberg, als hätte ich mit meinen Bemerkungen über das Verhalten des Herrn Jubel die Unwahrheit ausgesprochen, entgegengetreten. Vor mir liegt ein Zeitungsbericht über jene Versammlung der Arbeits- losen. Die Zeitung heißt „Vorwärts“ Berliner Volksblatt, ein Blatt, das, wie ich höre, der Partei des Herrn Vogtberg sehr nahe stehen soll. (Große Heiterkeit.) Redner liest einige Stellen aus dem Bericht vor und schließt dann: Danach hat sich Herr Jubel bis zum Schluß der Versammlung an den Verhandlungen theilhaftig.

Stadt. Jubel (persönlich): Ich hatte das Referat zu jener Versammlung übernommen, das war an allen Enden Berlin zu lesen. Bei der Abfassung der Resolution — das muß der auch in der Versammlung anwesende Stadtverordnete Wundt (Ruf: Auch ein Arbeitsloser?) zugeben — habe ich nicht den geringsten Einfluß gehabt. Noch weniger bin ich für den Wundt- laus der ausgesandten Petition verantwortlich zu machen. Wenn mein Freund Tugauer sich über mich gewundert hat, so überlasse ich das seinem Gefühl. Schließlich bemerke ich, daß ich mich

durch die Ausführungen des Referenten nicht beleidigt gefühlt habe.

Stadtv. Vogtherr (persönlich): Ich halte meine Ausführungen durch die Entgegnung des Herrn Goh nicht für widerlegt.

Stadtv. Wunder (persönlich): In wie weit Herr Jubel Einfluss auf Resolution und Petition gehabt hat, kann ich nicht beurtheilen. Sein Referat in der Versammlung ist jedenfalls ganz ungehörig gewesen. (Große Heiterkeit.)

Stadtv. Zuhauer: Ich habe mich im Ausschuss nur darüber gewundert, dass Jubel den Verfassern der Petition nicht mitgeteilt hat, dass eine solche Petition rechtmäßig zunächst an den Magistrat gehen muss.

Damit ist die Debatte geschlossen.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage des Ausschusses Uebergang zur Tagesordnung über die Petition.

Der nächste wichtige Gegenstand der Beratung ist die Aufstellung der sogenannten Urania-Säulen.

Stadtv. Vogtherr und Genossen beantragen: dass die Entscheidung darüber, wie die Säulen im Einzelnen ausgeführt und in welchen Stadtteilen dieselben aufgestellt werden sollen, auch der Stadterordneten-Versammlung übertragen werden soll.

Stadtv. Schwabe spricht für den Antrag des Magistrats und gegen den Antrag Vogtherr.

Stadtv. Vogtherr begründet seinen Antrag damit, dass die Stadterordneten-Versammlung gerade für die beregte Angelegenheit großes Interesse gezeigt habe und dass die Mitglieder der Versammlung, welche mit der Bürgerchaft in engerer Fühlung leben, als der Magistrat, deshalb auch die besonderen Wünsche des großen Publikums besser kennen, als die Herren vom grünen Tisch aus.

Stadtrath Vogt bezeichnet die Aufstellung und Anfertigung der Säulen als reine Verwaltungsangelegenheit und bittet infolge dessen die Entscheidung über die Einzelheiten der Ausführung und Aufstellung der Säulen dem Magistrat allein zu überlassen.

Stadtv. Spinola spricht sich in gleichem Sinne aus. Die Magistratsvorlage wird angenommen, der Antrag Vogtherr abgelehnt.

Es folgt die Beratung betreffend die Festsitzung des Stad- und des Gebäurenterichts für die Untersuchung des von außerhalb eingeführten Fleisches.

Stadtv. Singer bemerkt:

Ich habe nicht die Absicht, mich gegen die Vorlage des Magistrats zu wenden. Der Magistrat hat den richtigen Weg gewählt. Konstatirt muss aber von uns auch hier werden, wie unheilvoll der Einfluss der Hölle auf Lebensmittel, die Viehhändler u. s. w. auf die Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung ist. Redner bittet des weiteren um Auskunft, ob es wahr ist, dass auf dem städtischen Viehhof gebackenes fettes Fleisch zu billigerem Preise verkauft wird, er wünscht namentlich eine bedeutende Erklärung darüber, dass das auf dem Viehhof verkaufte Fleisch der Gesundheit absolut unschädlich ist.

Stadtrath Hübn er ist zur Beantwortung der Interpellation bereit und fährt an: Die medizinische Wissenschaft hat festgestellt, dass die Finne bei einer Erhitzung auf 40—45 Grad getödtet wird. Auf dem Viehhof wird das Fleisch mittelst eines Kochapparates, wie er auf großen Kriegsschiffen benutzt wird, auf 68 Grad erhitzt, es ist somit jede Gefahr und gesundheitsschädliche Folgen ausgeschlossen. Die Finne stirbt beim Rinde in dem Jungen- und Gournamuskel, früher musste das ganze Thier, selbst wenn nur eine Finne gefunden wurde, der Abdecker überliefern werden, das war ein Verlust am Nationalvermögen! Das ist jetzt glücklicherweise anders geworden. Das Fleisch, das auf dem Viehhof verkauft wird, ist zudem schwachsinig. Das Fleisch wird massenhaft verlangt und mehr als 400 Leute müssen täglich abgewiesen werden, ohne dass ihre Wünsche befriedigt werden können.

Stadterordneter Talle schließt sich den Ausführungen des Magistrats-Vertreters an und setzt auseinander, welchen Vortheil von der beregten Einrichtung die Viehhändler haben, welche nun nicht mehr so hohe Prämien an die Vieh-Versicherungsgesellschaften zu zahlen brauchen.

Stadtv. Singer: Die Erregung der beiden Vorredner zeugt von etwas bösem Gewissen. (Oho! Oho!) Ich bin befreundet, dass meine Voraussetzung richtig gewesen ist: es geschieht alles, um jede Gesundheitsgefahr auszuschließen. Es war aber nöthig gewesen, dass von autoritativer Stelle den Befürchtungen der Bevölkerung widersprochen wurde. Bei dem Verkauf der Lebensmittel kommt nicht allein die Frage nach ihrer Gesundheitsschädlichkeit in Betracht, sondern auch die Frage, ob sie in einer Form dargeboten werden, wo sie nicht Ekel erregen. Die Leute kaufen aus Noth das gekochte fettsinnige Fleisch. (Widerpruch.) Nun, in dieser Versammlung ist gewiss Keiner, der solches Fleisch kauft! (Unruhe.) Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, den Verkauf solchen Fleisches prinzipiell nicht dulden zu wollen; aber es war nöthig, dass wir Aufklärung für die Bevölkerung über diese Frage, die sie heutzutage hier gefordert haben. Würden Sie mit Ihrer alten Praxis brechen und uns in die Deputationswahlen, so wären diese Erörterungen im Plenum unnöthig. (Unruhe.)

Stadtrath Hübn er setzt auseinander, dass nur schwachsiniges Fleisch gekocht wird. Von einer Gesundheitsgefahr kann eine Rede sein. Ich habe es selbst probirt.

Stadtv. Kallisch: Der Kochapparat sei nur eingerichtet, um der ärmeren Bevölkerung zu nützen. Um so bedauerlicher sei es, dass auch da der Stadtv. Singer Opposition gemacht habe, wie er das immer thue.

Stadtv. Stadthagen polemisiert unter großer Unruhe der Versammlung gegen die Ausführungen des Stadtv. Kallisch. (Die Majorität der Versammlung verlässt ostentativ den Saal.)

Stadtv. Singer (persönlich): Der Stadterordnete Kallisch ist den Spuren des Stadterordneten Meyer I. erfolgt, ob er dabei erzählt ist, konnte ich nicht sehen. (Heiterkeit.) Herr Kallisch hat mir impatirt, ich spreche hier nur um so opponiren. Aus dem stenographischen Bericht wird man am besten erkennen, wer sachlicher gesprochen hat, ich oder Herr Kollege Kallisch. Im übrigen muss ich Herrn Kallisch dieselbe Antwort geben wie Herrn Meyer I.; er möge sich über die Gründe, aus denen ich hier rede, nicht „meinen Kopf“ zerbrechen.

Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

Die weiteren Gegenstände der Tagesordnung entscheiden des allgemeinen Interesses.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

Einen Beitrag zum außergewöhnlichen Nothstand bildet wieder einmal das Schicksal einer kleinen Familie, deren Ernährer es seit einer Reihe von Monaten trotz der größten Bemühungen nicht gelungen ist, Beschäftigung zu finden.

Da derselbe infolge seiner Arbeitslosigkeit mit mehreren Monaten Mische im Rückstande war, wurde er vom Hauswirth ermittelt und aufs Pfahler geworfen. Von Mitteln ganz entblößt, blieb ihm weiter nichts übrig, als das Aesul für Obdachlose aufzusuchen, eine Anstalt, mit deren Errichtung man glaubte, gegenüber dem heutigen Elend der Wohlthätigkeit gerecht zu werden, anstatt zu schaffen, unter denen ein solches Elend erst gar nicht Platz greifen kann und durch welche jene Wohlthätigkeitsanstalten überflüssig gemacht werden.

In welcher Weise diese Wohlthat übrigens ausgeübt wird, dazu giebt noch der obenangeführte Fall ein drastisches Beispiel. Als der besagte Familienvater bei dem Portier der betreffenden Anstalt um Aufnahme nachsuchte, wurde ihm der Bescheid, dass

er dazu einer Bescheinigung über seine tatsächliche Obdachlosigkeit von der Polizei bedürfte, andererseits er bei dem — Strohhalm übermachten müsse. Mit diesem Prädikat bezeichnete der Portier solche Obdachlose, welche als einzelne Personen dort Unterkunft finden. Dieser Ausspruch schreute den am Aufnahme nachsuchenden denartig zurück, dass derselbe vorläufig auf diese Aufnahme verzichtete und sich an das Solidaritätsgefühl seiner früheren Arbeitsgenossen wendete, bei denselben um Unterkunft nachsuchte, welche ihm auch bereitwillig gewährt wurde.

Angeht solcher traurigen Vorkommnisse den gegenwärtigen „außergewöhnlichen“ Nothstand leugnen zu wollen, wie es kürzlich in der Stadterordneten-Versammlung, bei Gelegenheit der Beratung einer Petition der Arbeitslosen seitens des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck geschah, dazu gehört entweder eine große Unkenntnis unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, oder eine große Gleichgültigkeit gegenüber dem Elend der Massen. Ist schon das Leben eines Proletariats unter den „gewöhnlichen“ Verhältnissen, d. h. unter solchen, in denen er wenigstens das hat, was er zur Befriedigung seiner ohnehin geringen Bedürfnisse gebraucht, kein Lebenswerk zu nennen, um wie viel trauriger ist die Lage desselben unter den „außergewöhnlichen“ Verhältnissen, in denen er weder das Kleinere seines Wagens zu beschaffigen vermag, noch in fürmischer Nacht eine Stätte findet, wo er mit den Seinigen vor Frost und Kälte geschützt, im Schlaf auf kurze Zeit seine Augen schließen kann.

Wie gelangt ein solches Elend dann nur derjenige nicht als „außergewöhnlich“ gelten lassen wollen, der weder ein offenes Auge für die Leiden der arbeitenden Klasse, noch Herz und Gemüth genug hat, dieselben beseitigen zu wollen. Allerdings kann dieses Mitleid nicht durch Errichtung von Asylen und Armenhäusern aus der Welt geschafft werden, sondern ebenso wie es hervorgehoben ist durch unsere heutige privatkapitalistische Produktionsweise, kann es auch nur durch eine Umänderung dieser Produktionsweise in eine gesellschaftliche vollständig beseitigt werden.

Einen Beweis, wie notwendig die Organisation der Kaufleute auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung ist, liefert uns ein Kaufmann K. in der Brangelstraße. Besagter Herr, welcher Besitzer mehrerer Häuser ist, seinen Laden erst vor kurzem auf das Eleganteinste ausbaute, beschäftigt vier junge Leute in seinem Geschäft bei einer Arbeitszeit von Morgens 6 bis Abends 10—11 Uhr und einem Gehalt von 30 M. nebst freier Station. Die Auszahlung des Gehalts geschieht ganz nach Willkür des Herrn Chefs, gewöhnlich erst am 5. oder 6. des Monats oder noch später. Ferner hat jeder der jungen Leute alle 14 Tage einen Ausgegüht, welcher meistens erst um 8 Uhr Nachmittags beginnt und um 10 Uhr beendet sein muss. Einen Hauschlüssel giebt der Herr Chef nicht, sondern schließt einfach noch die Thüre zu dem Schlafzimmer der Kommiss ab, so dass ganz kürzlich erst zwei junge Leute bei ihrem Nachhausekommen den Weg wie Spitzbuben durchs Fenster nehmen mussten. Von einer Erholung nach 14 tägiger Arbeit in den paar Stunden kann doch wirklich keine Rede sein, ebensowenig können die jungen Leute nach irgend einem Theater gehen, da derartige Institute gewöhnlich erst nach 10 Uhr geschlossen werden und sie nicht mehr zur rechten Zeit in ihr Quartier gelangen könnten. Denn tritt der Fall des Zuspätkommens ein, so giebt es am anderen Morgen von dem gütigen Herrn Chef einen lächlichen Anschauzer mit dem Bemerkten: Sie können ruhig ihrer Wege gehen, ich bekomme alle Tage Andere!!!

Und den Spandauer „Musterankasten“ werden wieder seltsame Dinge berichtet. Jahlungstage sind dort beinahe nur zweimal im Monat, am 8. und 23. Der 8. fiel im Februar auf einen Sonntag. Natürlich konnte das Staatsinstitut nun nicht am 7. zahlen, sondern zahlte ohne jede Anknüpfung oder Entschuldigung am 9. d. M. Die Arbeiterfamilien waren am Sonntag ohne Geld. Das scheint für die finanzielle Fabrikverwaltung aber nebensächlich und mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit wohl vereinbar zu sein. Dabei hört man in allen Betrieben der Anstalt über ganz auffallend hohe Lohnsätze klagen. So ist beispielsweise von einem Meister, dem die Fabrikation der Hälften unterstellt, der Preis für die Anfertigung derselben von 13 M. 50 Pf. auf 8 M. 50 Pf. herabgesetzt. Bei diesem Preise verdienen die eingelebten Arbeiter 8 M. 50 Pf. bis 9 M. 80 Pf. pro Tag; mit der Auszahlung des Lohnes aber müssen sie vierzehn Tage lang warten und auch dann erfolgt die Zahlung noch unpünktlich. Auch Vorkommnisse anderer Art werden unter den Arbeitern der Gewerkschaft erzählt. Ein Arbeiter beklagte sich über die beleidigende Behandlung, die er von einem Meister erfahren hatte. Ergebnis der Beschwerde war Entlassung des Arbeiters. Weiter wird von den Arbeitern erzählt, dass die Abzüge für sogenannte Aufschubarbeit jetzt so bedeutend geworden sind. Ein Stück Arbeit geht durch 30 bis 40 Hände, und zuletzt stellt sich, wegen irgend eines kleinen Verschens, die Unbrauchbarkeit heraus; nun wird sämtlichen Arbeitern der dafür berechnete Lohn abgezogen. Während diese Abzüge früher 6 bis höchstens 10 pCt. vom Lohn betragen, sind sie jetzt bis auf das Doppelte gestiegen. Die Ursache soll nach der Ansicht sachverständiger Arbeiter an der Forderung schlechten Rohmaterials liegen. Jedenfalls ist diese ganze Einrichtung verwerflich. Wie kommen die geschickten Arbeiter dazu, für die Versehen eines Einzelnen einzustehen? Wenn die Fabrikverwaltung das aber verlangt, dann soll sie nicht, wie es von den Arbeitern als Thatsache erzählt wird, einen gelehrten Böttcher mit Schlosserarbeiten beschäftigen. Ein Böttcher wird doch dadurch für die Schlosserei nicht geschickt, dass sein vorgefertigter Meister zugleich sein Schwager ist. Man spricht von umfangreichen bevorstehenden Entlassungen. Sind diese nöthig, so wäre es doch ein geradezu verwerfliches Mittel, die Leute durch solche Maßnahmen fortzugraben.

Diese Mißstände sind so bedeutender Art, dass vielleicht bei der Stadtrathung im Reichstage einer der Abgeordneten Veranlassung nimmt, auf dieselben hinzuweisen und wenigstens eine Ermittlung von oben her veranlaßt.

Unter Leitung der hiesigen Sternwarte ist in der letzten Woche eine Ermittlung der Größe der Abweichungen ausgeführt worden, welche zur Zeit in Berlin noch zwischen den Angaben der öffentlichen Uhren stattfinden. Diese Ermittlung hat sich erstreckt auf die Eisenbahn- und Postuhren, die Uhren an anderen öffentlichen Gebäuden, die Thurmuhren und die an der öffentlichen Straße befindlichen Uhrmacher-Uhren. Von 7 Personen, welche in Uhrenvergleichung geübt sind, wurden mit Hilfe von zuverlässigen Chronometern 228 öffentliche Uhren unter Einhaltung aller zum Schutz gegen Irrungen irgend welcher Art erforderlichen Vorsichtsmaßregeln verglichen. Insbesondere wurden stärkere Abweichungen nur dann als ganz verbürgt angesehen, wenn sie von zwei Beobachtern, ganz unabhängig von einander, übereinstimmend festgestellt waren. Das Ergebnis ist in kurzer Zusammenfassung das folgende: Unter 188 öffentlichen Eisenbahn-, Post- und Telegraphenuhren wichen nur zehn um mehr als zwei Minuten von der richtigen Zeit der Sternwarte und der von ihr regulirten Normaluhren ab. Unter den 10 stärker abweichenden Uhren war eine, die um 3 Minuten, und eine, die um 5 Minuten unrichtig war. Von den 188 Uhren waren aber 167 sogar innerhalb einer Minute richtig, was immerhin als eine erfreuliche Wirkung der Normaluhren und der sorgfältigen Einführung einheitlicher Regulirungen überhaupt betrachtet werden darf. Vor 4 bis 5 Jahren erhellte ungünstiger, noch nicht so günstig und vor 20 Jahren erheblich ungünstiger. Viel weniger befriedigend war der jetzige Befund bei 225 anderen öffentlichen Zeitangaben. Unter 75 Uhren an anderen öffentlichen Gebäuden waren 31 um mehr als 2 Minuten unrichtig, davon 24 um 2—3 Minuten, 4 um 4—5 Minuten und 3 um 6—8 Minuten. Von 44 Thurmuhren-Angaben wurden 20 um mehr als 2 Minuten unrichtig befunden und unter diesen waren 15 bis zu 3 Minuten, 2 bis zu 4 Minuten und 3 um 5 Minuten fehlerhaft. Was schließlich die an der öffentlichen Straße dargebotenen

Angaben der Uhrmacher betrifft, so war der Befund bei diesen am ungünstigsten. Unter 218 solcher Uhren waren 35 um mehr als 2 Minuten unrichtig, und davon 61 um 2—3 Minuten, 19 um 4—5 Minuten, 10 um 5—6 Minuten, 4 um 7—9 Minuten und eine sogar um 10 Minuten.

Versicherungspflicht der Wäscherinnen etc. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Es ist zur Kenntniss gekommen, dass das Rundschreiben vom 10. Dezember v. J. betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Wäscherinnen, Plätterinnen, Näherinnen und Schneiderinnen, zu dem Missverständnis Anlass gegeben hat, als ob die bezeichneten Personen, soweit sie in ihrer eigenen Behausung arbeiten, auch dann der Versicherungspflicht nicht unterliegen, wenn sie lediglich Lohnarbeiterinnen eines anderen Gewerbetreibenden sind. Der bezeichnete Rundschreiben will vielmehr nur zum Ausdruck bringen, dass die bezeichneten Personen dann nicht versicherungspflichtig sind, wenn sie in der eigenen Behausung (sei es allein, sei es mit Hilfe von Lohnarbeitern) für ihre Kunden arbeiten, oder wenn sie als Hausgewerbetreibende in der eigenen Behausung (in eigener Betriebsstätte), selbständig, oder im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender, Fabrikgeschäfte u. s. w. thätig sind. Selbständige Betriebsunternehmer unterliegen der Versicherungspflicht zur Zeit auch dann nicht, wenn sie Hausgewerbetreibende sind; die Kundenarbeit der Wäscherinnen, Schneiderinnen u. s. w. soll als selbständiger Gewerbebetrieb gelten, soweit diese Kundenarbeit in der eigenen Behausung, nicht im Hause des Kunden, ausgeführt wird. Solche Schneiderinnen, Wäscherinnen u. s. w. dagegen, welche nicht selbständig, sondern als Lohnarbeiterinnen anderer Gewerbetreibender außerhalb der Betriebsstätten der letzteren (also auch im eigenen Hause) beschäftigt werden (vergl. § 2, Absatz 1, Ziffer 4 des Krankenversicherungsgesetzes in seiner jetzigen Fassung) unterliegen der Versicherungspflicht. Denn das Gesetz vom 22. Juni 1880 (Reichs-Gesetzblatt Seite 97) umfasst alle Lohnarbeiter gleichmäßig und macht nicht, wie das Krankenversicherungsgesetz in seiner jetzigen Fassung, einen Unterschied zwischen den Lohnarbeitern der Gewerbetreibenden, je nachdem diese Lohnarbeiter von den Gewerbetreibenden innerhalb oder außerhalb ihrer Betriebsstätten beschäftigt werden.

Unsere Nebberge werden jetzt mehr und mehr in die Bebauung hineingezogen. Unter dem Dänenlande aber kommen die Reste einer vorchristlichen Kultur zum Vorschein. Von der Triftstraße nach Blüthenhof hinüber ziehen sich die sogenannten Dänenaußberge, welche ganz von Brandstellen und Auenreihen durchsetzt sind. In der Triftstraße selbst sind mächtige Eichenstämme ausgerodet worden. Wahrscheinlich haben große Kriegerstämme vor Jahrhunderten diese Gegend wüst gemacht. Erstirzte doch schon im Jahre 1230 von dem alten Dorfe Wedding keine Spur mehr.

Unfallfall. Vorgestern Abend verunglückte der Vergolder Hampe im Lokal von Leibg. Brumen- und Veteranenstraßen-Ecke dadurch, dass er in eine Kelleröffnung fiel, über welche die Fallthür nicht geschlossen war. Er zog sich dadurch einen Bruch des rechten Oberschenkels zu. Der herbeigekommene Arzt erschien sofort und ordnete die Ueberführung des Verletzten nach einem Krankenhause an. Der Krankenwagen ließ allerdings zwei Stunden auf sich warten. Der Verunglückte ist Vater von acht Kindern und wohnt in Weissenhof.

Ein Verdrähter schreibt uns: Ein schauerliches Familien-drama hat sich soeben wieder einmal vor den Thoren Berlins abgespielt. Im Hause Kronprinzenstraße 20 zu Friedrichsberg wohnt die Familie des Schneiders Vogel, die früher in Berlin ansässig war. Von den neun Kindern Vogels ist ein Theil bereits erwachsen. Da Vogel jedoch ein verbummelter und arbeitscheuer Mensch ist und die Sorge für die Familie seiner Frau überließ, mussten drei Kinder auf Kosten der Stadt Berlin im Himmelsburger Waisenhause untergebracht werden. Mit dem Reste der Familie zog Vogel nach Friedrichsberg. Da er jedoch mehrfach verdrastet und auch schon wegen Arbeitscheu im Korrektionshause gewesen war, wurde er aus dem Amtsbezirk Himmelsberg-Friedrichsberg ausgewiesen. Seit Dezember v. J. hielt er sich allerdings wieder bei seiner Familie auf, natürlich unangemeldet, denn die Ortsbehörde würde ihn sonst nicht geduldet haben. Zwischen ihm und seiner Frau bezogen die Kinder kam es häufig zu Streitigkeiten, weil ihm diese von ihrem gemeinschaftlichen Erwerbe nicht so viel abgeben konnten oder wollten, als er zur Stützung seines Darlehs brauchte. Ein solcher Streit hatte am Montag stattgefunden, war jedoch beigelegt worden. Am Dienstag Mittag sah die Frau wie gewöhnlich emsig an ihrer Nähmaschine, das Gesicht dem Frauer zugewandt. Ihr Mann, mit dem sie allein in der Wohnung war, sah hinter ihr, plötzlich — es war gegen 1/2 Uhr — stürzte sie, dass sich von hinten die Hand ihres Mannes um ihren Hals legte und ihr die Kehle juckte, während gleichzeitig schwere Schläge mit einem stumpfen Instrumente auf ihren Hinterkopf fielen. Sie vermodete noch laut um Hilfe zu schreien, dann stürzte sie bewußtlos zu Boden. Ein Nachbar hatte den Schrei gehört und eilte herbei; als er an die Thür der Vogel'schen Wohnung kam, stürzte Vogel an ihm vorüber und ergriß die Flucht. Der Nachbar, der mit einem Blick die Situation übersehen hatte, eilte ihm nach und es gelang ihm, den Flüchtling einzuholen und einem Gendarm zu übergeben. Das Wortverweigerung hatte der Flüchtling während der Flucht über einen Gartenzaun geworfen, der Besorger hatte dies gesehen und sich die Stelle gemerkt. Dort wurde es aufgefunden. Es war ein eiserner Stab von etwa Fußlänge, an einem Ende mit einer Schraube versehen, aus welcher eine Schraubmutter sah. Um sicher schlagen zu können, hatte der Thäter das Eisen am Griffende mit Berg umwickelt. Aus der Beschaffenheit des Werkzeuges und aus dem Umstande, dass der Thät nicht der geringste Wortwechsel vorausgegangen ist, muß geschlossen werden, dass es Vogel auf einen Mord oder zum mindesten auf Todtschlag abgesehen hatte. Er wurde nach dem Amtsgefängnisse gebracht und gestern in das Moabitteer Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Was die verlesene Frau anbetrifft, so befand sich diese in einem entsetzlichen Zustande. Der ganze Hinterkopf stellte eine einzige brütlige Wunde dar, die es dem schnell herbeigekommenen Barbier und einem Arzte unmöglich machte, die Beschaffenheit der Schädelknochen zu untersuchen. Immerhin war der Blutverlust der Verletzten ein solcher, dass dieselbe in Lebensgefahr schwabte und sich die sofortige Ueberführung derselben nach der Charitee als dringend notwendig erwies. Dort schwabte die Frau noch gestern in Lebensgefahr.

Ein erschütterndes Unglück ereignete sich am Dienstag, 10. d. M., Nachmittags gegen 4 Uhr auf der Oberhavel bei Spandau. Um die angegebene Zeit liefen zwei junge Leute etwa in der Gegend des Giesweders vom rechten Ufer des Flusses nach dem linken auf Schlittschuhen über das Eis. Die beiden Käufer gingen, um der Kontrolle, an welcher die Gebühr für die Benutzung der Eisbahn erhoben wird, auszuweichen, abseits der genau markirten, absolut sicheren Eisbahn und gelangten auf einen Theil des Flusses, in welchem der Strom sehr heftig ist. Hier war das Wasser nur mit einer dünnen Eisschicht bedeckt. Die beiden, welche hiervon keine Ahnung hatten, brachen plötzlich ein und sanken ins Wasser. Das Unglück wurde von verschiedenen Schlittschuhläufern bemerkt. Leider war die Stelle von der frequentirten Bahn eine beträchtliche Strecke entfernt. Das Publikum sah zu seinem Entsetzen, wie die Beunruhigten sich noch mit Auswendung aller Kräfte auf der Oberfläche des Wassers blickten, indem sie sich an der Eisfläche festklammerten. Eine Anzahl Hilfsbereiter näherten sich auch so schnell wie möglich, um Rettung zu bringen. Aber in dem mächtigen Augenblick, in welchem ein Mann mit einem Rettungsring angelangt war, gingen die Unglücklichen, von denen der eine den anderen fest umklammert hielt, unter und kamen auch nicht wieder zum Vor-

schien. Bis zum späten Abend wurde bei Fackelschein das Wasser abgeseigt. Doch waren bis Mittwoch Nachmittag die Ertrunkenen noch nicht gefunden worden.

Durch einen Bierpfropfen verunglückt ist vorgestern Abend ein in Schöneberg, Goltzstraße 6, wohnender Barbiergehilfe Karl R. Derselbe hatte eine Flasche mit Werberischem Bier in die Pfeife gefüllt, um das Bier anzuwärmen. Dadurch entwickelte sich die Kohlenäure im Bier aber derartig, daß als er dieselbe zum Zweck des Entlorens in die Hand nahm, der Pfropfen mit unvorstellbarer Gewalt aus dem Flaschenhals und dem R. in das linke Auge flog. Das Auge lief sofort aus, und auch das andere war in kurzer Zeit derartig in Mitleidenhaftigkeit gezogen, daß R. schliesslich nach einem Berliner Krankenhaus geschafft werden mußte. Es ist wenig Hoffnung vorhanden, dem Unglücklichen die Sehkraft zu erhalten.

Im Maskenkostüm verbrannt ist vorgestern Abend ein von ihrem Mann getrennt lebende in Niddorf wohnende Frau Schmidt. Dieselbe beabsichtigte, auf einen Maskenball zu gehen, und machte gegen 8 Uhr Toilette, wobei sie sich, um besser sehen zu können, der Küchenlampe bediente. Sie glaubte die Lampe an einen Haken zu hängen, verfehlte aber denselben, so daß die Lampe auf den Fußboden stürzte und deren Inhalt explodierte. Frau Sch. versuchte nun die Flammen zu ersticken, dabei aber fing die leichten Maskengewänder Feuer, und im nächsten Augenblick brannte die Bedauernswerte am ganzen Körper. Schreiend und hilferufend stürzte sie, einer Feuerfäule gleich, zur Tür hinaus, bis sie auf der Treppe bewußtlos zusammenbrach. Einjünglein Nachbarin gelang es endlich, die Flammen am Körper der Sch. durch Aufwerfen von Decken und Tüchern zu löschen. Die Unglückliche, die entsetzliche Brandwunden am ganzen Körper aufwies, wurde ins Krankenhaus Bethanien geschafft, wo die 32-jährige Frau ihren furchtbaren Leiden gestern Morgen bereits erlegen ist.

Polizeibericht. Am 11. d. Mts. Vormittags stürzte ein Dienstmädchen beim Fensterputzen aus dem ersten Stock des Hauses Blücherstr. 28 auf den Bürgersteig hinab und erlitt dabei einen Bruch des linken Armes, bedeutende Verletzungen am Kopf, sowie anscheinend schwere innere Verletzungen, so daß es nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit wurde ein dreijähriger Knabe an der Ecke der Straße 7 von einem Bierwagen überfahren und erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels. — Nachmittags verlor eine Frau in ihrer Wohnung in der Brombergerstraße sich mittels einer Abloschung von Streichhölzern zu vergiften. Durch Anwendung eines Gegenmittels wurde die dringende Lebensgefahr beseitigt. — Zu derselben Zeit wurde im Wohnzimmer eines Mädchens im Hause Simeonstr. 24 ein von ihr am Tage vorher heimlich geborenes Kind, mittels eines Leberriemens erdrosselt, in einem Reiseforb ausgefunden. Die Mutter wurde nach der Charité gebracht. — Als Nachmittags ein neunjähriger Knabe vor dem Hause Bergmannstraße 28 von einem vorüberfahrenden Gemwagen überfahren wurde, fiel er zur Erde und geriet unter die Räder des Wagens. Er wurde hierbei so schwer verletzt, daß seine Heberführung nach dem Krankenhaus am Urban notwendig wurde. — Mittags fand im Keller der Dankelstraße eine Explosion von Gasen in einer Feuerung der Zentralheizung statt, wodurch einige Kleidungsstücke und ein Korb in Brand gerieten. — In der Nacht zum 12. d. M. entstand in einer Küche des Hauses Pallisadenstraße 16 ein kleiner Brand. Außerdem wurde die Feuerwehrt nach Treptow gerufen, wo das Kesselhaus einer Kunstmehlfabrik brannte.

Gerichts-Beitrag.

Durch Streik in Noth gerathen, ist für den Gerichtshof durchaus kein Milderungsgrund, wenn auch dahin gestellt bleiben müsse, in wie weit der Streik gerechtfertigt sei! Ein Kutscher, welcher mehrmals Reklamen für seinen Herrn fortzuführen hatte, und zweimal je einen Reklamen unterschlagen hatte, entschuldigt sich mit den obigen Worten, da er durch den Lasterstreik längere Zeit arbeitslos gewesen sei. Der Gerichtshof geht über den Antrag der Staatsanwaltschaft noch um einen Monat Gefängniß hinaus, trotzdem der Staatsanwalt selbst mildernde Umstände empfohlen hatte.

Veranstaltungen.

Der Verband deutscher Zimmerleute, Lokalverband Berlin hielt am 2. d. M. eine Generalversammlung ab. Bei Verlesung der Abrechnung wurde von verschiedenen Mitgliedern über einzelne Posten Fragen gestellt. Dieselben wurden vom Kassirer und Vorsitzenden beantwortet. Die Abrechnung wurde angenommen und dem Kassirer Decharge erteilt. In der letzten Abrechnung des Verbandes ist Berlin irrtümlich mit einem Defizit von 99,50 M. vermerkt. Hierzu wurde ein von Seigt gefellter Antrag angenommen, dem Hauptvorstand zu beauftragen, dieses in der nächsten Nummer des „Zimmerers“ richtig zu stellen. Zu Delegirten wurden Ortland und Stehr gewählt. Darauf wurde zur Berathung der Anträge geschritten. Kamerad Seigt meinte, es wäre wohl nicht zweckmäßig, jetzt schon am Statut etwas zu ändern, da es sich bis jetzt noch gar nicht richtig

eingelebt habe. Dieser Ansicht wurde von Ortland entgegengetreten. Derselbe meinte, daß es zweckmäßig wäre, einzelne Paragraphen zu ändern, z. B. § 2. Da wäre es erforderlich, die Worte „Verbreitung nichtverbotener Schriften“ zu streichen. Ferner müßte der § 6, welcher den Mitgliedern theilweise Entschädigung für Brandschaden am Handwerkszeug gewährt, gestrichen werden, da der Verband dadurch von verschiedenen Staatsanwälten als Versicherungskasse angesehen wird, und dieses könnte in den einzelnen Lokalverbänden als Resolution angenommen werden. Die Delegirten wurden beauftragt, dieses in der Generalversammlung zur Sprache zu bringen. Von Seigt wurde gewünscht, zur Erhebung des Herbergsweffens etwas zu thun, auch hier wurde den Delegirten aufgegeben, dieses zu vertreten.

Freie Vereinigung der Zimmerer Berlins und Umgegend. In der letzten Versammlung wurde zunächst über interne Angelegenheiten debattirt. Der erste Vorsitzende machte bekannt, daß das Stiftungsfest am 14. März stattfindet. Hieraus sprach sich Kamerad Meißner bezüglich des Auftrags im Bauhandwerker, unterzeichnet G. Thiene, Vertrauensmann der Töpfer Berlins, dahin aus, daß die Zimmerer unbedingt Delegirte zu der Konferenz am 15. Februar in Berlin wählen sollen, damit die Bauhandwerker und Bauarbeiter Berlins endlich als festes Ganzes dahinstehen möchten. Ferner soll an die Inhaber von Holzplätzen, auf denen die hiesigen Meister verbinden lassen, ein Senbtschreiben gerichtet werden, worin dieselben aufgefordert werden, Räumlichkeiten herzustellen zu lassen, die verschlossen werden können, um so den daselbst arbeitenden Zimmerleuten ein Unterkommen bei schlechtem Wetter zu gewähren sowie zur Unterbringung ihrer Werkzeuge Gelegenheit zu schaffen. Außerdem wurde das Verhalten der Ortskrankenkasse den Arbeitslosen gegenüber scharf getadelt und zwar, daß die Unternehmer 3—4 Monate schuldig, während der Arbeitnehmer nur 14 Tage rückständig bleiben kann. Nachdem der Vorsitzende bekannt gemacht hatte, daß die nächste Versammlung am Montag, 16. Februar, Abends, in Rehlitz Salon stattfindet, schloß die Versammlung.

Die Klavierarbeiter und verwandte Berufsgruppen hielten am Mittwoch, den 11. Februar, eine öffentliche Versammlung ab, bei welcher Kollege Jubel über den Stand des Streiks in der Pianofabrikfabrik von Max u. Ko. berichtete. Den Ausführungen des Vortragenden zufolge kann die Angelegenheit zur Zeit als relativ günstig bezeichnet werden und es sieht zu erwarten, daß die streikenden Kollegen endlich den Sieg davon tragen werden. Es hat sich unter den Kollegen von Berlin unerklärlicher Weise das Gerücht verbreitet, die Streikenden seien unterlegen und die verlassenen Plätze schon neu besetzt. Dieses Gerücht beruht aber auf einer direkten Unwahrheit, da es der gesperrten Firma bis jetzt nicht gelungen ist, mehr als vier eigentliche Klavierarbeiter einzustellen. Wenn dennoch an einigen Hobelbänken wieder gearbeitet wird, so sind die Arbeiter größtentheils Umleimer, ja sogar Leute, die allem Anscheine nach wohl noch nie einen Hobel regelrecht gehandhabt haben. Durch die Kommission wurden mit der Firma eingehende Verhandlungen gepflogen, wobei die Fabrikanten erklärten, sie hielten den Streik für beendet und würden die Streikenden durch eine Anzeige im „Vorwärts“ aufordern, die Werkzeuge baldmöglichst abzuholen. Das Benehmen der Herren war bei den Verhandlungen recht auffallend; sie gestatteten nicht nur, daß die Kommissionsmitglieder sämtliche Räume der Fabrik in Augenschein nehmen und die noch beschäftigten Arbeiter beobachten konnten, sondern legten auch unangefordert die Arbeitsbücher vor, aus denen ersichtlich sein sollte, daß die Arbeiter bei Max u. Ko. wöchentlich 36—38 M. verdienen. Die Kommissionsmitglieder stellten aber fest, daß der Lohn eines guten Arbeiters höchstens 32, der eines mittelmäßigen nur durchschnittlich 22 M. betrage. Sie hat auch die Heberzeugung gewonnen, daß der Streik nicht verloren gehen kann, wenn die Streikenden sich noch länger halten können, und das ist leicht zu ermöglichen, da die in dieser Woche aufgegebenen Gelder 1100, also 200 M. mehr, wie in der vorigen Woche, betragen. — In der Diskussion sprach ein Herr Niemann, der als kleiner Meister für Max u. Ko. Arbeit übernommen hat, und dieses mit einem Hinweis auf seine augenblickliche Nothlage entschuldigen wollte. Er wurde aber von verschiedenen Kollegen gebührend widerlegt und Kollege Läderich berichtete, daß die Begriffe des Herrn Niemann von Nothlage doch recht eigenthümliche sein müßten, da er trotz seiner Nothlage im Stande sei, Hände zu halten und eine eigene Jagd zu pachten. Von zahlreichen Rednern wurde nun noch betont, daß der Streik noch zu gewinnen sei, wenn die Kollegen ausstehen könnten.

Folgende von Kollege Riendorf eingebrachte Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: Die heute tagende Klavierarbeiter-Versammlung beschließt, daß der Streik bei Max u. Co. unter allen Umständen aufrecht zu erhalten ist. Die Versammlung ist nicht gewillt, sich durch die Manipulationen der Fabrikanten einschüchtern zu lassen; wohl aber glaubt sie, daß der Kampf ausgedehnt werden kann. Sie hält deshalb den Streik unter allen Umständen aufrecht und fordert die Klavierarbeiter und die Streikenden nach Kräften zu unterstützen, dann wird der Sieg unser sein. Hiernach wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Niddorf. Eine öffentliche Versammlung der Gärtnereitag am Montag, den 2. Februar, in Barta's Salon, Bergstraße, unter Vorsitz des Kollegen Vorn. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhielt Kollege Bächner das Wort zu seinem

Vortrag: Der allgemeine deutsche Gärtnerverein und unsere Aussichten für die Zukunft. An der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich die Herren Kof, Vorn, Batersiraf, Werner, Grund und Buchholz. Bei den Ausführungen des Kollegen Grund erhob sich der überwiegende Sendarm und verlangte vom Vorsitzenden, dem Redner das Wort zu entziehen, widrigenfalls er die Versammlung auflösen würde. Nach einer gehörigen Zurechtweisung seitens des Vorsitzenden dem Sendarm gegenüber führte Kollege Grund seine Rede zu Ende.

Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: 1. Die am 2. Febr. cr. in Barta's Salon zu Niddorf tagende öffentliche Versammlung der Gärtnereitag erkennt an, daß eine Kündigungsfrist zwar manchem Gute für sich hat, jedoch in vielen Fällen, namentlich bei Ausbruch eines Lohnkampfes, äußerst hinderlich ist und erklärt daher mit allen Mitteln auf Abschaffung der Kündigungsfrist hinzuwirken.

2. Ebenso erklärt sich die Versammlung mit den Ausführungen des Haleschen Parteitag, daß der Gärtnereitag aus den erniedrigenden Verhältnissen der Gesinde-Ordnung befreit würde, vollständig einverstanden und verpflichtet die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages, einen dießbezüglichen Antrag einzubringen.

Zum Schluß appellirte der Vorsitzende an das Solidaritätsgefühl aller Gärtnere, um Mann für Mann unserer freien Vereinigung der Gärtnere verwandten Berufsgruppen beizutreten.

Große öffentliche Versammlung der Haus- und Geschäftsbienner Berlin am Freitag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr.

Verhättnis-Kontrollkommission des Gärtnereitags am Freitag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale Feuerhieb, Alte Jakobstr. 75 (Eingang Garten).

Abt. 1. Gärtnere und verwandte Berufsgruppen. Sonnabend, den 14. Februar, Vormittags 10 Uhr: Große öffentliche Versammlung aller Arbeiter des Berufs im Restaurant Grindel, Treppenstr. 118.

Gärtnereitag für Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlin und Umgegend. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der vom Gärtnereitag veranstaltete gemeinsame Abend am Sonnabend, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, beim Kollegen Grindel, Treppenstr. 118, stattfindet und werden die Kollegen ersucht, sich nebst Familie recht daran zu beteiligen.

Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer in Beschlus „Freie Arbeiter“ am Sonntag, den 15. Februar, Abends 8 Uhr, im Schöneberg's Salon, Jahnstraße 2. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Idealität des Kapitalismus. Referent: Herr D. Feus. 2. Diskussion. 3. Beschließen und Prozeduren.

Gärtnereitag der Arbeiter. Versammlung am Montag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, bei Herrn, Niddorfstr. 21. Tagesordnung: 1. Bericht der Redaktionen vom Gärtnereitag. 2. Vortrag des Herrn H. Platon: Das Gend in der Hausindustrie, insbesondere der Arbeiter hier und außerhalb. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Diskussion. 5. Beschließen und Prozeduren. — Zu dieser Versammlung sind alle Arbeiter der Hausindustrie eingeladen, insbesondere die Selbständigen. Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion sind eingeladen. Götze haben Zutritt.

Verein der Klempner Berlin und Umgegend. Sonntag, den 16. Februar, Vormittags 10 Uhr, Große Versammlung in Barta's Salon, Bergstraße 130 in Niddorf. Tagesordnung: 1. Vortrag: Das Recht auf eine kulturwürdige Menschenerziehung. Referent: Herr Max Briant. 2. Diskussion. 3. Beschließen und Prozeduren.

Vereinigung der Prechter Deutschlands, Jahreshle Niddorf und Umgegend. Sonntag, den 16. Februar, Vormittags 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Hoffmann, Bergstraße 133. Tagesordnung: 1. Vortrag über Individualität und Altersversicherung. Referent: Kollege Hildebrand. 2. Diskussion. 3. Generalisation und Urabstimmung. 4. Beschließen.

Lehr- und Diskussionsabend des Arbeiter-Gilbungsvereins in Weidenhof am Sonnabend, den 14. Februar, bei Hebb, Köffe- und Charlottenburgerstraße 66. Götze haben Zutritt.

Zu der humanitären Gemeinde, Kommandantenstr. 79, hält am nächsten Sonntag Vormittags 10 Uhr Herr Schäfer den Vortrag über die Frage: Ist Religion Priorelle jedes Einzigen? — Götze willkommen.

Abt. 2. Gärtnere, welche gewillt sind, einen Arbeiter-Gilbungsverein gründen zu helfen, ersuche ich, sich am Montag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, zu einer Versammlung in der Schönhauser Allee 40 bei Hühner (fr. Schneider) einzufinden. W. Waldow, Schönhauser Allee 40.

Lehr- und Diskussionsabend. Freitag, Karl Marx, Abends 8 Uhr, bei Schönefeld, Mariendorferstr. 10. Götze haben Zutritt. — „Götze“ Abends 8 Uhr bei Schwarzkopf, Stalitzerstr. 11. Götze, Tamen und Orren, willkommen. — „Götze“ Abends 8 Uhr bei Meier, Schöneberg, 122. Götze, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend Abends 8 Uhr, Heberungs-Abend, Aufnahme von Mitgliedern. Männer-Gesangverein „Collegia“, Restaurant Reichensbergerstr. 18. — Gesangverein des „Gärtnereitags“ der „Vater Berlin“ und „Umgegend“ „Gemüthlichkeit“, Sebelstr. 26 bei Bräuer. — „Sänger-Gesangverein“ Berlin, Alte Jakobstr. 75 bei Feuerhieb. — Männer-Gesangverein „Hilf“, Schöneberg, 26 bei Quadt. — Gesangverein „Lobberstrang“, Niddorf, Meinerstr. 11. — Kaiserlicher Männerchor, Schönhauser Allee 40 bei Rüdberg. — Gesangverein „Niederwald“, Köpenickerstr. 191 bei Hoge. — Arbeiter-Gesangverein „Föhnung“, Friedrichshagen, Friedrichstraße 11 bei Ruppe. — „Nummerlicher Gesangverein“, Gildenerstr. 11 bei Röh. — Gesangverein „Emeralda“, Köpenickerstr. 25 bei Müller, Abends 8 Uhr. — „Wilhelm Seeger'scher Liedertafel“, Abends 8 Uhr bei Traudl, Reichensbergerstr. 22. — Gesangverein „Lindblüthe“, Götze, 26 bei Zoltzberg. — „Katholischer“ Gesangverein, Große Frankfurterstr. 26 bei Krüger, Frankfurter Vorstadt.

Gesang-, Turn- und Geselligkeitsvereine. Männerchor Waldesrau (Sänger), Mariendorferstr. 17 bei Meigt. — Männer-Gesangverein „Union“ Abends 8 Uhr, in der Berliner Koch-Druckerei.

Bergungsgesellschaft „Gild“ Abends 8 Uhr, Sitzung bei Köffe, Niddorfstr. 28. Nach der Sitzung Tanz. Götze willkommen. — Bergungsgesellschaft „Weißchen“, Sitzung mit Damen von 8 Uhr ab, Admiralstr. 28 bei Köffe. Götze willkommen. — Geselliger Verein „Jumergrün“ Abends 8 Uhr, im Restaurant Heintze, Oranienstr. 24. — Verein ehem. Schale der St. Gemälde-Schule, Sitzung, Abends 8 Uhr, im Grand Restaurant „Kornblume“ (Huh. Otto Roll), Köpenickerstr. 2. Götze willkommen. — Rauchtub „Chne Swang“, Abends 8 Uhr, bei W. Spasch, Meinerstr. 28. — Theater- und Bergungsgesellschaft „Kulcanta“, in Noth's Restaurant, Niddorfstr. 72. Götze willkommen. Damen und Herren, welche genirt sind, beim Theater mitzuwirken, sind freundlichst eingeladen. — „Stattus“ „Zourene“, Abends 8 Uhr, beim Genossen Karl Ulrich, Weagenstr. 24. Götze durch Mitglieder eingeführt willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Trenberg. Ja. **Stolzmann.** Die Sammelstellen werden von uns von Zeit zu Zeit veröffentlicht. Sie wollen sich dieselben dann merken. **H. S. Gerichtsstraße.** Wenden Sie sich an den Vorstand einer solchen Kasse.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold, 50. 5. Reichenbergerstraße 5. 50.



Bockbier.

Der Ausstoss unseres aus bestem Malz und Hopfen hergestellten

Bockbieres

hat begonnen. Bockbier wird abgegeben in Flaschen und Gebinden.

Berliner Brauerei-Gesellschaft „Tivoli“.

Neu! Stuttmeyer's Frucht-Syrup. Neu!

ist das billigste, gesündeste Volks-Nahrungsmittel. Bester Ersatz für Futter und Zucker. Vorzüglich zur Bereitung von Saucen, Gemüße etc. geeignet. Besonders zur Bänderung von Husten und Heiserkeit empfohlen. In haben in allen Colonialwaaren-, Mehl- und Packerhandlungen Berlin und Vororten, sowie im Verkaufslokal: Grüner Weg 43. Man fordere ausdrücklich: „Stuttmeyer's Frucht-Syrup“.

Händler erhalten löhnende Preisermässigung.

Geschäfts-Gründung.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich Gremstraße 4 ein Restaurations-Lokal eröffnen habe. [409b] **Ernst Poillon.**

Ein Genosse hat krankheitshalber eine fast neue große Singer-Nähmaschine gekauft. Näh. Stalauer Straße bei Adermann. 475b

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Fabrik. **Emil Heyn,** Brunnenstraße 23, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Arbeitsmarkt.

Bergoldverehring verlangt **475b** **Ratom, Friedrichstr. 108a.**

Schmiede. Tüchtige Feilschaber u. Wagenbau m. Verh. Köpferstr. 108. [461]